doch nicht an, daß eine Körperschaft, wie der Parteitag, einen formell verurtheilenden Beschluß faßt, ohne das Material zu kennen. Das ist ein gefährlicher Präzedenzfall und das widerspricht jedem Rechtsgefühl.

Winterberg erklärt sich gegen den Antrag Ledebour. Toleranz ist eine schöne Sache, aber unter Umständen ein Verbrechen. Ich erinnere an den Fall Schumacher in Solingen. Da ist der Vorstand auch viel zu lange tolerant gewesen. Wird jetzt nicht eingegriffen, so haben wir bald in Dortmund dieselben Zustände wie in Solingen. (Sehr richtig.) Wir dürfen nicht schweigen, sonst geht Lütgenau wieder damit hausiren. (Sehr richtig!)

Auer: Der Antrag Ledebour wäre verständlich und diskutirbar, wenn der Antrag der Kommission nicht vorhanden war. Lütgenau hat wiederholt erklärt, sein Recht erlangen zu wollen. Er hat den Partei-Vorstand vor die Provinzialkonferenz zu Schwelm geladen. Der Vorstand konnte dorthin nicht kommen und lud nun Lütgenau vor diesen Parteitag. Lütgenau hat sich nicht gerührt und nichts vorgebracht. Wenn darauf hier von irgend einer Seite angeregt worden wäre, über den Fall Lütgenau zur Tagesordnung überzugehen, da er sich selber nicht bemüßigt gefühlt hat, sich zu melden, so hätte sich darüber reden lassen. Jetzt liegt die Sache anders. Der Parteitag ist in die Lütgenau-Frage eingetreten. Nach Lage der Dinge und besonders im Interesse Lütgenaus war es angebracht, die Dinge nicht öffentlich zu erörtern. Die Kommission hat sich daraufhin mit der Sache beschäftigt und einen Antrag eingereicht. Nunmehr läßt sich nicht mehr sagen, wir wollen über den Antrag der Kommission zur Tagesordnung gehen. Er muß akzeptirt oder abgelehnt werden. (Zustimmung) Die Dinge liegen jetzt so: ehe der bisherige Partei-Vorstand den Antrag Ledebour auf Uebergang zur Tagesordnung annimmt, eher sind wir bereit zu reden und vor aller Oeffentlichkeit zu sagen, um was es sich handelt.

Folgender Antrag Stolten ist eingelaufen:

„Im Vertrauen auf die Gewissenhaftigkeit der Untersuchung der Neuner-Kommission und weil eine öffentliche Erörterung der ganzen Angelegenheit aus Rechts- und moralischen Gründen unangebracht erscheint, erklärt der Parteitag seine Zustimmung zur Entscheidung der Kommission."

Ein Schlußantrag wird angenommen.

In seinem Schlußworte drückt **Brühne** sein volles Einverständniß zum Antrage Stolten aus und bekämpft nochmals den Antrag Ledebour: Wenn er auch nur den dritten Theil des Materials kännte, das wir haben, würde er seinen Antrag nicht gestellt haben. Mag er sich beim Partei-Vorstand erkundigen. Es wird gewiß jedem Delegirten schwer fallen, gegen einen befähigten Mann, den wir gebrauchen können, so vorzugehen, wie wir es gegen Lütgenau thun müssen. Aber wir verlangen Disziplin und wir verlangen von jedem Partei-Genossen, daß er den moralischen Standpunkt nicht verläßt. (Bravo!)

Der Antrag Ledebour wird darauf abgelehnt und der Antrag Stolten angenommen. Darin liegt auch die Annahme des Kommissionsantrages.

Brühne: Schließlich haben wir noch den Fall Braunschweig. Darüber ist ein Flugblatt verbreitet worden, das die Delegirten gelesen werden haben. Darin erklärt die eine Braunschweiger Richtung, der in Stuttgart aufgegeben war, ihren Sonderverein aufzugeben, daß ihr Verein noch in gleicher Stärke weiter besteht. Die Richtung verlangt, daß wir uns nochmals mit der Streitigkeit beschäftigen sollen. Wir halten das für völlig überflüssig und schlagen Uebergang zur Tagesordnung vor.

Singer macht darauf aufmerksam, daß die Kommission vom Parteitage garnicht den Auftrag hatte, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. (Brühne: Mehrere Genossen halten darum gebeten). Wir sind der Kommission

ja dankbar, daß sie sich mit der Sache befaßt hat, aber es war doch gefährlich, weil dann auch die andere Seite hätte gehört werden müssen. In der Hoffnung, daß uns die Braunschweiger Angelegenheit im nächsten Jahre servirt werden wird (große Heiterkeit), schließe ich die Verhandlung über diese Angelegenheit.

Beim Bureau sind zu der Resolution Bebel (81) seitens der Berliner Delegirten und seitens des Genossen Katzenstein nachstehende drei Erklärungen zu Protokoll eingegangen:

„Wir protestiren hiermit gegen die Annahme, daß wir uns durch unsere endgiltige Abstimmung über die Resolution Bebel für die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen erklären. Diese Frage stand nicht auf der Tagesordnung und auch aus dem Wortlaut des Absatzes 3 der Resolution Bebel geht nicht hervor, daß es sich um die Frage der preußischen Landtagswahlen handelt."

Eugen Ernst. Mary Wengels. Karl Leid. Rudolf Millarg. K. Hoffmann. Otto Görke. Hausschild. Arthur Stadthagen. W. Liebknecht. Singer.

Wir Unterzeichneten erklären zu Protokoll: „daß wir auf dem Standpunkt der Resolution Bebel mit Ausnahme des Absatzes 3 stehen, somit gegen Bernstein auf das schärfste uns erklären, aber gegen die Gesammtresolution gestimmt haben, wegen der Auslegung Bebels des Absatzes 3 in seinem Schlußwort".

F. Hoppe. Zubeil. Ad. Hoffmann. Gustav Schmidt. A. Sellin. Schubert. Ferdinand Ewald. O. Franke. M. Menzel.

Außerdem erklärt Katzenstein zu Protokoll:

„Ich bin mit der Resolution Bebel, wie ich Sie verstehe (Heiterkeit), einverstanden. Ich habe mich der Abstimmung enthalten, weil ich bei der verschiedenen Auslegung der Resolution seitens der verschiedenen Richtungen in der Resolution keine Klärung der Streitpunkte erblicke." (Heiterkeit.)

Lipinski theilt namens der Mandatsprüfungs-Kommission noch mit, daß eine nachträgliche Beschwerde aus Koburg gegen das Mandat von Anton Walter wegen Mangels konkreter Thatsachen durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen sei.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Ein Antrag Baudert, den Punkt „Militarismus" mit Rücksicht darauf, daß in der eben angenommenen Bebel'schen Resolution schon die Befolgung der bisherigen Taktik in Militärfragen beschlossen ist, von der Tagesordnung abzusetzen, wird, nachdem Baudert denselben begründet und Frau Luxemburg sich dagegen ausgesprochen hat, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Es tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

8½ Uhr. Den Vorsitz führt Blume.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 6 der Tagesordnung: **Erörterung über Punkt 3 des Programms**, Militärfrage.

Mit zur Verhandlung stehen die Anträge 41 und 42 und die Resolution Geyer (Nr. 82).

Geyer: Mit Rücksicht auf die große Ausdehnung der vorhergegangenen Debatte werde ich gedrängt, kurz zu referiren. Es giebt ja Stimmen, die die Behandlung dieser Angelegenheit auf diesem Parteitage nicht für nothwendig halten. Aber wenn Sie die Erscheinungen seit dem vorigen Parteitage betrachten, werden Sie zugeben, daß eine Besprechung nothwendig ist, um die in Stuttgart nicht ganz herbeigeführte Klärung zu schaffen und der Diskussion eine andere Richtung

zu geben, als sie in letzter Zeit angenommen. Punkt 3 des Programms, betreffend die Heeresfrage, ist ein Theil unserer Gegenwartsforderungen, die allerdings von Bedeutung sind im Kampfe um unser Endziel; wenn man meint, hier Pflock um Pflock zurückstecken zu können, so bedeutet das eine Verlangsamung des Tempos im Kampfe um das Endziel. Nun herrscht ja in Bezug auf den Militarismus und die Ueberwucherung aller öffentlichen Angelegenheiten durch die militärischen Rücksichten, die sich auch immer tiefer in das Privatleben fortsetzt, gewiß volle Einigkeit in der Partei. Den Sozialdemokraten möchte ich sehen, der den Militarismus nicht bekämpfen wollte. Selbst bürgerliche Zeitungen, wie das „Leipziger Tageblatt", haben ja über den Unteroffizierston geklagt. Es ist ein Kennzeichen unserer Verwaltungen in Staat und Gemeinden, daß der Geist der militärischen Subordination darin vorherrscht, die auch eine unerträgliche Art des Verkehrs der Unterbeamten mit dem Publikum zur Folge hat. Auch in den Fabriken hat sich dieser Unteroffizierton breit gemacht und macht sich in der Behandlung der Arbeiter durch ihre Vorgesetzten fühlbar. Der Ton des Reservelieutnants ist in der Gesellschaft maßgebend. Den größten Einfluß auf die Civiljustiz übt die Militärjustiz schon in Folge der Zweitheilung der Justiz in eine Militärjustiz und eine für die simplen Bürger. Zweierlei Recht erschüttert die Gerechtigkeit. In der Gesetzgebung spielt der Militarismus die erste Rolle. Die Militärforderungen haben überall den Vorrang, für sie wird der ganze Apparat, der der Regierung zu Gebote steht, in Bewegung gesetzt, durch Geheimnißkrämerei sucht man sie vielfach durchzudrücken. Der Militarismus ist die Ursache der Finanznoth im Reiche und er verschlingt drei Fünftel des Reichsbudgets. Die herrschenden Klassen haben keine stärkere Stütze im Kampfe gegen die aufstrebenden Klassen des Volkes als das Heer, darum bewilligen sie Alles; aber die Lasten werden dem Volke in neuen Steuern auferlegt. Wenn auch Ersparnisse angeregt werden, wie z. B. von Seiten des Oberstlieutenants a. D. Rudolf Kraft, so wird doch auf der ganzen bürgerlichen Linie an dem System des stehenden Heeres festgehalten.

Daß alle Parteigenossen, wenn einige von ihnen gelegentlich auch einmal eine andere Meinung äußerten als andere, die Bewilligung von Forderungen des Militarismus ablehnten, ist selbstverständlich, aber es sind Aeußerungen einzelner Genossen laut geworden, die die Vermuthung erregen können, als wünschen sie, daß mit dieser bisherigen Haltung gebrochen werde. Den ersten Anlaß zu dieser Vermuthung gab die bekannte Aeußerung Schippels auf dem Parteitage in Hamburg, die lebhaften Widerspruch hervorrief. Auer vertheidigte und entschuldigte Schippel, nachdem dieser eine Rechtfertigung versucht hatte, die abermals den lauten Widerspruch hervorrief und in der er sich dagegen verwahrt hatte, den Soldaten für den Fall eines möglichen Krieges schlechte Flinten und Gewehre in die Hand zu geben. Auer erklärte, daß, wenn wegen der Aeußerung Schippels Abrechnung gehalten werden solle, mit einer ganzen Reihe von Parteigenossen, unter anderen Bebel, Liebknecht und ihm, Abrechnung gehalten werden müsse. Er fragte, ob es nicht dasselbe sei, wenn Bebel Uniformen bewilligen wolle, die die Soldaten nicht schon durch ihre äußere Erscheinung zur Zielscheibe des Feindes mache. Er fragte, ob man die Soldaten mit Stöcken ausgerüstet gegen den Feind schicken solle; er erinnerte an die Bewilligung des warmen Abendbrodes für die Soldaten und erklärte schließlich: Schippel habe grundsätzlich die Gegnerschaft gegen den Militarismus und die Ablehnung von Bewilligungen betont.

Die Worte Schippels, die damals Widerspruch hervorriefen, lauten nach dem Protokoll, Seite 121—122:

„Wir haben die Soldaten nicht bewilligt, aber sie sind einmal da. Für Milizanträge und Abschaffung aller stehenden Heere ist keine Mehrheit vorhanden und in absehbarer Zeit auch nicht zu schaffen. Das ist eine Thatsache, die uns sicherlich unangenehm ist, mit der wir aber rechnen müssen. Sollten wir nun, weil die bürgerlichen Parteien uns in dieser Beziehung nicht unseren Willen thun, die deutschen Arbeiter, gleichsam zur Strafe, vor die Gefahr stellen, daß sie mit ihrem Blut den Unverstand der Gegner einmal zu büßen haben? Das wäre widersinnig und gegen die Interessen der Arbeiterklasse gehandelt."

Als Schippel daraufhin mehrere Entgegnungen erfuhr, äußerte er in einer späteren Rede darauf (Protokoll S. 137):

„Gewiß, Genosse Peus mag Recht haben, die heutige Regierung lebt vom Kriege, wir müssen immer mit der Möglichkeit eines Krieges rechnen. Ist man in einer solchen Lage, kann man die Kriege nicht verhindern, da kann man doch nicht unseren Soldaten schlechte Flinten, schlechte Kanonen geben. (Gelächter und Zustimmung.) Der Fraktion kann man aus meiner persönlichen Ansicht keinen Vorwurf machen. Wenn das militaristische System zu einem Kriege treibt, den wir nicht verhindern können, wenn wir eine Niederlage erleiden, und wenn dann das Blut unserer deutschen Arbeiterklasse doppelt geflossen ist, ich glaube, wir Alle würden dann der Regierung den Vorwurf gemacht haben, daß sie nicht zur rechten Zeit eingegriffen hat." (Gelächter und Zustimmung.)

Die Genossen Liebknecht und Auer suchten dann Schippel zu entschuldigen, Ersterer damit, daß er meinte, Schippel möge sich unklar ausgedrückt haben, aber man solle ihm, Schippel, das nicht entgelten lassen. Genosse Auer aber entschuldigte Schippel mit folgenden Worten: Es ist vorhin das Wort gefallen, daß mit Schippel Abrechnung gehalten werden muß und der letzte Redner hat sich in ähnlichem Sinne ausgedrückt. Da fühle ich mich verpflichtet, offen und frei zu erklären, daß, wenn wegen der Aeußerung, die Schippel gethan hat — ob er sich geschickt ausgedrückt hat, ist eine andere Frage —, wenn aber wegen dessen, was Schippel gemeint hat und nur meinen konnte, Abrechnung gehalten werden soll, daß dann nicht mit ihm allein, sondern mit einer ganzen Reihe von Parteigenossen und zwar mit Parteigenossen wie Bebel und Liebknecht und auch mit meiner Person Abrechnung gehalten werden muß. (Hört! hört!) (Protokoll S. 137—138.)

Dann schilderte Auer, wie Bebel auf dem Parteitag zu Halle die Beseitigung blitzender Metallstücke 2c. an Uniformen als verderbenbringende Zielobjekte forderte und sich bereit erklärte, die Mittel für weniger sichtbare Uniformstücke zu bewilligen. Daran knüpfte Auer folgende Aeußerungen:

„Und diese Worte erfreuten sich des lebhaften Beifalls der Delegirten. Wenn Bebel sagt, er sei bereit, die Mittel zu bewilligen, um unsere Brüder davor zu schützen, daß sie den feindlichen Geschossen als Zielobjekte schon durch ihre äußere Erscheinung dienen, ist das in der Sache nicht schließlich dasselbe? (Rufe: Nein! nein!) Selbstverständlich ist es für Sie nicht dasselbe. Das weiß ich, deshalb habe ich ja gerade diese Frage aufgeworfen. Wenn das für Sie nicht dasselbe ist, dann könnten Sie ja auch die Soldaten mit Stöcken ausgerüstet ins Feld schicken. (Widerspruch.) Wir sind prinzipielle Gegner des Krieges, wir können ihn aber nicht verhindern, wir müssen mit der Eventualität rechnen, daß es gegen unseren Willen zum Kriege kommt. Zum entscheidenden Punkt unseres Angriffs auf den Militarismus können wir diese Angelegenheit nicht machen, das ist nicht der Punkt, wo die Agitation einsetzen kann. Sollen wir uns in nächster Session, wo diese Frage zur Entscheidung kommt, etwa auch dagegen wehren, daß unsere Soldaten warmes Abendbrod bekommen, was auch eine Vermehrung des Militärbudgets im Gefolge hat."

Ferner, nachdem er eine Erklärung Liebknechts auf dem Nürnberger Arbeitertage im Jahre 1868 über die allgemeine Entwaffnung verlesen hatte, sagte Auer:

„Ja wohl, Parteigenossen, auch wir verlangen Waffen. Wird das Milizsystem eingeführt, so müssen wir doch auch Waffen haben. Ueberblicken wir also

die Dinge ruhig, verschieben wir nicht den Standpunkt und unterstellen wir Schippel nicht etwas, was er nicht gesagt hat. Schippel hat ausdrücklich den prinzipiellen Standpunkt festgehalten, daß wir als grundsätzliche Gegner des Militarismus und der heute herrschenden Staatsgewalt nichts bewilligen können. Wenn Sie hieran festhalten und sich die Sache ruhig überlegen, so habe ich nicht die geringste Furcht, wie die in Aussicht gestellte Abrechnung ausfallen wird. (Beifall und lebhafter Widerspruch.)" — (Protokoll Seite 139.)

Soviel vom Hamburger Parteitage. Daneben liefen andere Aeußerungen. Auer sagte am 9. Februar 1898 in Hannover in einer Wahlversammlung: „Es kann Regierungen geben, denen wir überhaupt nichts bewilligen können, solange wir nicht als gleichberechtigter Faktor im parlamentarischen und öffentlichen Leben anerkannt werden. Wird die Arbeiterklasse aber als gleichberechtigt anerkannt, so wachsen damit die Aufgaben dieser Klasse und die Verantwortung, und es ist sehr wohl möglich, daß wir von dem Tage an, wo man die Arbeiter als gleichberechtigten Faktor ansieht, auch mit uns reden lassen über Flottenfragen. Zur Zeit müssen wir prinzipiell jeden Mann und jenen Groschen ablehnen." In Berlin riefen ähnliche Aeußerungen Heines gleichfalls starken Widerspruch hervor, sie liefen darauf hinaus, prinzipiell bewilligen wir nichts, aber es kann auch einmal die Zeit kommen. Er sprach von dem viel gemißbrauchten Schlagworte Militarismus: dieser Regierung nicht einen Mann und einen Groschen, auch nicht das, was für die Armee unbedingt nöthig sei, aber in jedem einzelnen Falle muß man prüfen, ob es nicht berechtigt sei, politische, namentlich militärische Bewilligungen als politisches Kampfmittel zu verwenden, ohne in verwerflichen Opportunismus zu verfallen. Nur einige allgemeinere Grundsätze kann man hierüber aufstellen, unnöthige Militärforderungen müsse man überhaupt und immer ablehnen, nicht deshalb, weil es Militärforderungen sind, sondern, weil sie eine Verschleuderung von Staatsgeldern bedeuten würden. Ebenso dürfe man nichts bewilligen, was unserem Ziele der Fortbildung des heutigen Armeesystems zur Miliz entgegenwirken würde. Daneben aber gebe es militärische Aufwendungen, die an sich zur Vertheidigung der Nation nöthig sind und unseren Idealen und Grundsätzen indifferent gegenüberstehen, dazu würden neue Geschütze gehören (hört! hört!); solche Forderungen könnte auch der Sozialdemokrat, wenn er als genügende Gegenleistung werthvolle Volksfreiheiten erzielte, dafür bewilligen.

In Berlin riefen ähnliche Aeußerungen Heines, die er in einer Versammlung am 10. Februar 1898 machte, gleichfalls starken Widerspruch hervor. Sie liefen darauf hinaus: Prinzipiell bewilligen wir nichts, aber es kann auch einmal die Zeit kommen, wo wir Militärforderungen bewilligen könnten. Er sprach von dem Schlagworte „Militarismus" und der Entwickelung des Kampfes der Arbeiterklasse und sagte dann nach seinen eigenen Aufzeichnungen:

Ich will dies zunächst an einem Beispiel erörtern. Der „Vorwärts" machte neulich den Klerikalen einen Vorwurf daraus, daß sie sich sofort bereit erklärt hätten, die ganze Flottenforderung der Regierung zu bewilligen, und er tadelte sie, weil sie damit dies „wichtige Kompensationsobjekt" aus der Hand gäben, mit dem sie in der Lage gewesen wären, volksthümliche Forderungen durchzusetzen. Ich stimme dem „Vorwärts" darin völlig bei.

Man kann den Gedanken auch nach umgekehrter Richtung hin verfolgen. Ich schicke hier gleich, um alle Mißdeutungen abzuschneiden, voraus, daß ich in der jetzt vorliegenden praktischen Frage der Flottenvermehrung denselben Standpunkt einnehme, wie alle Genossen. Ich bin ein Gegner der Flottenvorlage, ich messe der überseeischen Ausdehnung überhaupt nicht die segensreiche Bedeutung bei, die man ihr vielfach zuschreibt. Aber ich bitte, die Frage, abgesehen von diesem besonderen Falle, allgemein erörtern zu dürfen. Und da ist es zweifellos: wer von vornherein erklärt, einer Anforderung des Gegners

gegenüber, immer und unter allen Umständen blos Nein sagen zu wollen, der verzichtet damit geradeso gut auf das in seiner Bewilligung liegende „Kompensationsobjekt", wie Der, der sofort Ja sagt. Damit giebt er ein höchst wirksames Mittel im Kampfe um die politische Macht aus der Hand, und deshalb muß er sich in jedem einzelnen Falle fragen, ob und weshalb er das thun darf und soll.

Es giebt Genossen, die schon eine solche Ewägung, namentlich bei Militärforderungen, als „Opportunismus" ablehnen und vor der bekannten schiefen Ebene warnen. Es ist nicht wunderbar, daß man mit solchen Schlagworten leicht einen großen Eindruck hervorbringt, denn es giebt, wie wir bei den Freisinnigen und Nationalliberalen gesehen haben, eine zweifellos schmähliche Politik des Verraths und des Prinzipienschachers, die man gewöhnlich als „Opportunismus" bezeichnet. So leicht darf man sich aber die Entscheidung der Frage nicht machen, man muß vielmehr in jedem einzelnen Falle prüfen, ob man berechtigt ist, eine politische, namentlich eine militärische Bewilligung als politisches Kampfmittel zu verwenden, ohne in einen verwerflichen Opportunismus zu verfallen.

Nur einige allgemeinere Grundsätze kann man hierüber aufstellen: Unnöthige Militärforderungen muß man überhaupt und immer ablehnen, nicht deshalb, weil es Militärforderungen sind, sondern weil sie eine Verschleuderung von Staatsgeldern bedeuten würden. Ebenso darf man nichts bewilligen, was unserem Ziele, der Fortbildung des heutigen Armeesystems, zur Volksbewaffnung und zur Miliz entgegenwirken würde. Das würde z. B. von einer Erhöhung der Dienstdauer oder von der Anwerbung von Soldtruppen gelten.

Daneben aber giebt es militärische Aufwendungen, die an sich zur Vertheidigung der Nation nothwendig sind und unseren Idealen und Grundsätzen indifferent gegenüberstehen. Dazu würden z. B. die neuen Geschütze gehören. (Hört! hört!) Schon Genosse Bebel hat treffend die Analogie hervorgehoben, die zwischen einer Verbesserung der Kost der Soldaten und einer Verbesserung ihrer Schutz- und Angriffswaffen besteht.

Solche Militärforderungen könnte nach meiner Meinung auch der Sozialdemokrat bewilligen, wenn er genügende Gegenleistungen erhielte, wenn werthvolle Volksfreiheiten dafür gewährt würden.

Bei uns herrscht Meinungsfreiheit, aber sind solche Aeußerungen geboten in einer Zeit, da es auf die Einheit der Partei ankömmt? (Sehr richtig!) Mir ist das zu viel Zukunftsmusik, ich halte sie nicht für nöthig, und es ist begreiflich, wenn man scharfe Kritik und vielleicht auch verdächtigende Aeußerungen hervorruft. Genosse Heine hat mir soeben noch eine weitere Stelle in jener seiner Rede angestrichen, ich verlese sie: „Das wird auch so bleiben, so lange unsere Regierung sich auf die Reaktionsparteien stützt, und ich für meine Person halte es für sehr wahrscheinlich, daß darin in den nächsten Jahrzehnten keine Aenderung eintreten wird. Deshalb fürchte ich, daß keiner von uns es je praktisch erleben wird, einen solchen Handel abzuschließen, wodurch wir für militärische Bewilligungen Volksrechte eintauschen. Wir werden dieser Regierung nie etwas bewilligen können, einfach weil sie uns keinen entsprechenden Preis in Volksrechten zahlen wird". Wenn wir erst nach „Jahrzehnten" in die Lage kommen, einen solchen Handel abzuschließen, ist es dann nöthig, jetzt darüber in Wahlversammlungen zu reden? (Bebel: Sehr wahr!) Solche Aeußerungen sind nur geeignet, Verwirrung in unseren Reihen zu stiften. (Sehr richtig!) Auch die parlamentarische Konstellation der Parteien muß in Betracht gezogen werden. Wozu jetzt Erörterungen anstellen, die den Anschein erwecken könnten, als wollten wir uns — anbieten? (Sehr wahr!).

Wir sind zu den Bewilligungen nicht nöthig. Wenn bürgerliche Parteien einmal Opposition gegen Militärforderungen machen, dann ist es eine Schein-

Opposition, mit der sie ihre Wählerschaft sich sichern wollen. Hinterher bewilligen sie doch, was gefordert wird, wie dies die Annahme der Militärvorlage im Jahre 1893 beweist. Und wenn die Sozialdemokratie einmal eine dominirendere Stellung einnehmen sollte, dann könnten wir überzeugt sein, werden sich alle anderen Parteien gegen uns so fest zusammenschließen, daß es dann auch nicht nöthig sein wird, sich zu Bewilligungen anzubieten und damit Verwirrungen in der Partei hervorzurufen. Jedenfalls werden wir unsere Stellung dann schon zu finden wissen; lassen wir das Urtheil bis dahin reifen. Jetzt die Bewilligungsfrage abzuschneiden, halte ich für überflüssig. In den Parteikreisen ist oftmals die Frage aufgetaucht, wie wir handeln werden, wenn wir stärker werden. Diese Frage zu beantworten ist jetzt unmöglich; aber wer solche Fragen anschneidet, darf sich nicht wundern, wenn eine lebhafte kritische Diskussion entsteht und man dem betreffenden Parteigenossen sagt, es scheint so, als sollte die Partei geschoben, auf eine andere Bahn gedrängt werden, daß sie eine andere Stellung zum Militarismus nehmen soll, als bisher.

Soviel über diese Frage. Nun zu Punkt 3 des Programms. Er fordert: „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; Volkswehr an Stelle der stehenden Heere; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung; Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.“ Wohlgemerkt, diese Forderungen stellt die Partei an den gegenwärtigen Staat, wir drängen damit auf eine Demokratisirung der Gesellschaft hin. Ob sie verwirklicht werden, ist eine andere Frage, aber wir halten sie für erfüllbar; natürlich setzt das eine gewisse Grenze der Entwickelung voraus, in der die Gegner einsehen, daß diesen Forderungen nachgegeben werden muß. Aber sie sind zu verwirklichen. Damit wird die Grundlage des bürgerlichen Staates noch nicht beseitigt, aber wir halten diese Forderungen für die Kämpfe der Partei zur Herbeiführung des Endziels für nöthig. Das Wesen der Volkswehr ist weit entfernt von dem des stehenden Heeres. Der Drill, das Paradesystem, die willenlose Unterordnung, im Gefolge davon die Mißhandlungen, der bis zur Selbstverherrlichung übertriebene Autoritätskultus dürfen ihr nicht anhaften. Für eine Volkswehr darf auch kein besonderes Recht gelten, sondern die bürgerliche Justiz. Eine Volkswehr darf auch die Fühlung mit dem Volke nicht verlieren. Das stehende Heer wird in Gegensatz zum Volke gebracht; eine Volswehr soll die Vertheidigung gegen feindliche Angriffe allerdings führen, aber nicht zur Unterdrückung der eigenen Volksgenossen dienen. Sie darf auch nicht zur wirthschaftlichen und finanziellen Bedrückung des Volkes führen. Um eine solche Volkswehr dem Volke zu geben, bedarf es natürlich auch einer anderen Jugenderziehung, als wir sie jetzt haben. Der militärische Drill ist jetzt auch schon in den Schulen; es giebt viele Lehrer, die vom Geiste des Militarismus beseelt sind. Dieser Drill muß aus der Schule heraus. Die Hebung der Schule bedingt eine geistige Hebung des ganzen Volkes, und dann wird auch das Urtheil des Volkes über die sogenannte Nothwendigkeit der Kriege ein ganz anderes sein, als wie es heute dem Volke eingetrichtert wird.

Wenn wir diese Forderungen für nothwendig halten, dann muß es um so auffälliger sein, wenn es innerhalb unserer Partei Leute giebt, die an ihre Stelle etwas anderes setzen wollen. Eine Abbröckelung an Punkt 3 des Programms würde eine Verlangsamung des Kampfes um das Endziel bedeuten; und wenn der Gedanke in der Partei Platz griffe, daß man das stehende Heersystem nicht beseitigen wolle, daß man gelegentlich diesem System Bewilligungen machen könne, um dafür Vortheile einzuheimsen auf politischem Gebiete, dann würden wir unseren Kampf zurückschrauben, würden damit unseren politischen Rückgang dokumentiren und dadurch die Kraft der Angriffe unserer Gegner stärken. Nun, dahin wird es ja nicht kommen; aber was hat es denn zu bedeuten, wenn die Forderungen in Punkt 3 des Programms so angegriffen

werden, wie es Schippel gethan hat? Im Novemberheft der „Sozialistischen Monatshefte“ 1898 hat er seinen bekannten Flegrim-Artikel veröffentlicht: „War Friedrich Engels milizgläubisch?“ In der Einleitung schreibt er:

„In ihrer allgemeinen Auffassung des „Militarismus“ — ich spreche nicht von der parlamentarischen und agitatorischen Bekämpfung konkreter militärischer Forderungen — hat die Sozialdemokratie noch immer sehr viel Aehnlichkeit mit jenen sonderbaren Schwärmern, die mit einem Male entdeckt haben, daß an Stelle des wilden, verrohenden Fleischgenusses der Vergangenheit in Zukunft die zahme vegetabilische Breinahrung den Menschen nicht blos körperlich erhalten, sondern auch in jeder Beziehung veredeln müsse — oder die alten medizinischen Scheuel und Greuel in endlos rieselndem Wasser zu ersäufen trachten, die im Impfzwang den Ruin der Völker sehen und denen selbst Bacchus und Gambrinus nur giftmischerische Scheusale sind. Hier wie dort dieselbe verblüffende Kritiklosigkeit, aber auch derselbe heilige Eifer, halbwahre und halbverdaute Schlagworte sofort zu einem System auszubauen, das alle Wahrheit umschließt und alles Heil bringt und gegen das nur unverbesserliche Barbaren und Schwachköpfe ankämpfen können. Hier wie dort derselbe Glaube an die gravirenden „Fälle“, mit denen alles Wissen und Können der Gegner ein für alle Mal vor dem höchsten Richterstuhl der Vernunft und der Geschichte zermalmend verurtheilt ist. Selbst der Ton, in dem die neue Auflage des alten Bürgergardisten-Ideals vom militärischen Fachmann spricht, kann gewöhnlich kaum überboten werden durch die Mischung von gnädiger moralischer Herablassung und vernichtender geistiger Überlegenheit, mit der der rosig verklärte Wasserapostel das finstere Ungeziefer von ärztlichem Fachmann in die Wolfsschlucht hinabschleudert.

Indes, davon wollte ich nicht sprechen, und es ist vielleicht nicht einmal gerecht, diese Dinge auch nur mit einem Wort zu streifen.“

Es ist die ganze Partei beleidigende Einleitung des Artikels. In diesem Artikel unternimmt es Schippel, den Beweis zu führen, daß Engels nicht „milizgläubisch“ gewesen, daß er sich eher dafür erwärmt habe, daß das stehende Heersystem ausgebaut werde, und auch den Vorschlag gemacht habe, eine kürzere Dienstzeit für das stehende Heer einzuführen. Gewiß, das hat Engels gethan, aber er hat dabei nicht das Milizsystem aus den Augen gelassen; gerade das Gegentheil. Und ich bin geradezu erstaunt darüber, wie Schippel aus Engels eine Auffassung herauslesen konnte, die schnurstracks das Gegentheil von dem darstellt, was Engels in Wirklichkeit erklärt hat. Zu einer Broschüre, die eine Sammlung von Artikeln darstellte, die er im Vorwärts 1893 veröffentlicht hatte, „Kann Europa abrüsten“, schrieb Engels eine knappe, gedrängte Vorrede, in der aber der ganze Geist dieser Artikel zur Erscheinung kommt; er kann garnicht drastischer und schärfer zum Ausdruck kommen. Er sagt von diesen Artikeln: „Ich gehe darin von der Voraussetzung aus, die sich mehr und mehr allgemeine Anerkennung erobert: daß das System der stehenden Heere in ganz Europa auf die Spitze getrieben ist in einem Grad, wo es entweder die Völker durch die Militärlast ökonomisch ruiniren, oder in einen allgemeinen Vernichtungskrieg ausarten muß, es sei denn, die stehenden Heere werden rechtzeitig umgewandelt in eine auf allgemeiner Volksbewaffnung beruhenden Miliz.“

Ich verweise nebenbei auf die auffällige ähnliche Kennzeichnung der militärischen Last in dem bekannten Zaren-Manifest. Engels schreibt dann weiter:

„Ich versuche den Beweis zu führen, daß diese Umwandlung schon jetzt möglich ist, auch für die heutigen Regierungen und unter der heutigen politischen Lage. Ich gehe also von dieser Lage aus und schlage einstweilen nur solche Mittel vor, die jede heutige Regierung ohne Gefahr der Landessicherheit

annehmen kann. Ich suche nur festzustellen, daß vom rein militärischen Standpunkt der allmäligen Abschaffung der stehenden Heere absolut nichts im Wege steht; und daß, wenn trotzdem diese Heere aufrecht erhalten werden, dies nicht aus militärischen, sondern aus politischen Gründen geschieht, daß also mit einem Wort die Armeen schützen sollen nicht so sehr gegen den äußern wie den inneren Feind.

Die allmälige Herabsetzung der Dienstzeit durch internationalen Vertrag, die den Kernpunkt meiner Darstellung bildet, halte ich dagegen überhaupt für den einfachsten und kürzesten Weg, um den allgemeinen Uebergang vom stehenden Heer zu der als Miliz organisirten Volksbewaffnung zu vermitteln. Die Modalitäten eines solchen Vertrags würden natürlich verschieden sein, je nach dem Charakter der vertragschließenden Regierungen und nach der jedesmaligen politischen Lage. Und günstiger als jetzt können die Dinge unmöglich liegen; kann man also heute schon eine höchstens zweijährige Dienstzeit zum Ausgangspunkt nehmen, so wird in einigen Jahren vielleicht schon ein bedeutend geringerer Zeitraum zu wählen sein.

Indem ich die gymnastische und militärische Ausbildung der gesammten männlichen Jugend zu einer wesentlichen Bedingung des Uebergangs zum neuen System mache, schließe ich die Verwechslung des hier vorgeschlagenen Milizsystems mit irgend welcher jetzt bestehenden [illegible] z. B. der schweizerischen, ausdrücklich aus."

Dies das Vorwort Engels' zu seiner Schrift. Fü[illegible] daraus klar hervor, daß Friedrich Engels niemals von dem Geda[illegible]en ist, ein Milizsystem zu schaffen. Was sagt nun Schippel? Er [illegible]kweise frühere Aeußerungen von Engels und dann einen Passus d[illegible] Schrift folgendermaßen:

„Es bleibt hiernach nur noch ein Punkt, wo das [illegible]h Abrüstung den Hebel ansetzen kann: Die Länge der Dienst[illegible] Fahne. Hier liegt in der That der Punkt des Archimedes: intern[illegible]etzung, zwischen den Großmächten des Kontinents, des Maximums [illegible]nstzeit bei der Fahne für alle Waffengattungen, meinetwegen zu[illegible] Jahre (es war 1893), aber mit dem Vorbehalt sofortiger weiterer [illegible] sobald man sich von der Möglichkeit überzeugt."

Soweit zitirt Schippel Engels, aber die sechs darau[illegible] Worte: „aber mit dem Milizsystem als Endziel" läßt er weg (hört [illegible] dann behaupten zu können, Engels sei nicht „milizgläubisch".

Schippel schließt: „Man sieht, daß sich Engels die [illegible]r allgemeinen Wehrhaftigkeit, die unser Parteiprogramm fordert, ganz anders dachte, wie die Milizgläubigen, Wasserheiligen und Mehlpappapostel. Doch auch für die Partei wird es schließlich wie im Siegfried heißen: Fort mit dem Brei — ich brauche ihn nicht! Aus Pappe schmied' ich kein Schwert!" Da fragt man sich, wenn solche Dinge geschrieben werden: ist es denn Schippel darum zu thun, die Forderung 3 des Programms zu ändern? Davon liest man in allen seinen Aeußerungen nichts und er hat sich insofern mit Recht gegen diese Unterstellungen verwahrt. Wozu, frage ich dann, die Aufwerfung dieser Frage? Was will denn Schippel? Wenn ich etwas für nicht mehr zeitgemäß halte und kritisire es, wie er es hier kritisirt hat, dann habe ich doch die Verpflichtung, Vorschläge zu machen, was Besseres an Stelle des Bisherigen treten soll. Schippel hat nichts dergleichen gethan, er hat nur seine Kritik geübt, und zwar in einer Weise, die bei den Parteigenossen nicht nur das höchste Aufsehen, sondern auch die lebhafteste Mißbilligung fand, und die Genossen hatten recht. In dieser Art und Weise darf in der Partei nicht weiter diskutirt werden, dürfen ihre Forderungen nicht angegriffen oder die Ansichten einzelner Genossen kritisirt, unrichtig zitirt werden, damit sie dann besser ausgenützt werden können.

Ich bin weit entfernt, den Ketzerrichter gegen Schippel spielen zu wollen, aber ich sage: Ehe man so auf seine Partei einhaut, muß man wissen, ob man ihr etwas Besseres vorschlagen kann. Und dann unterläßt man auch den hochfahrenden und beleidigenden Ton, wie er in den Eingangsworten gebraucht ist. Die ganze Partei ist herabgesetzt. (Sehr wahr!) Ich will Schippel durchaus nicht beleidigen, aber ehe ich dazu komme, meine eigene Partei so herabzusetzen, so schimpflich zu behandeln, würde ich mich fragen, ob ich dieser Partei angehören kann (sehr wahr!), denn mit der Ehre meiner Partei setze ich auch meine eigene Ehre herab. (Lebhafter Beifall.) Verdient die Partei, was ich ihr anthue, ist sie mir nicht mehr werth, dann ist auch meines Bleibens in ihr nicht mehr; eine Partei, die mir werth ist, behandele ich auch achtungsvoll und setze sie nicht vor meinen Gegnern herab (lebhafter Beifall), und wenn ich dazu fähig wäre, würde ich nicht wagen, vor meine Partei zu treten, um mich verantworten zu müssen So würde ich handeln. Was Schippel thut, ist seine Sache. (Sehr richtig!) Wenn diese Diskussion so weiter geht, dann ist es ja ganz erklärlich, wenn weite Parteikreise mißvergnügt sind, ganz erklärlich, daß man von Leuten, die so die Partei herabwürdigen, annimmt, sie haben die Absicht, die Partei in andere Bahnen zu drängen. Das ist auch meine persönliche Ansicht; wenn Genossen, die so handeln, sich darüber verwundern, denn ist mir nur verwunderlich, daß Sie sich darüber wundern.

Ueber die weiteren Forderungen des Punktes 3 ist innerhalb der Partei nicht diskutirt worden. Wir halten daran fest. Früher hieß es: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk". Wir haben dafür gesetzt „durch die Volksvertretung", aus praktischen Gründen, da im gegebenen Falle die Volksvertretung in der Lage ist, schneller als das ganze Volk die Entscheidung zu treffen, und je mehr Zeit man gewinnt, desto besser wird die Gefahr abgewendet.

Die Schlußforderung: Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege — wird erst voll erfüllt werden, wenn der Geist der Sozialdemokratie die Völker mehr und mehr durchdringt. Die Friedenskonferenz im Haag, die wie das Hornberger Schießen ausgegangen ist, wird nichts zur Verwirklichung dieser Forderung beitragen, daran hindert die Eroberungspolitik der Regierungen. Aber erfüllt werden einst die Forderungen im Punkt 3 des Programms werden müssen. Ich betone und stimme darin mit dem „Hamburger Echo" überein, diese Forderungen stellen wir im heutigen Staate, sie sind Uebergangsforderungen und berühren das Endziel der Partei nicht Nur werden wir durch ihre Verwirklichung dem Endziel immer näher gebracht.

Ich bitte, an diesen Forderungen festzuhalten, meine Resolution einstimmig anzunehmen, und wünsche, daß die Debatte sich nicht auf das persönliche Gebiet verlieren möge, damit die Partei keinen Schaden erleide. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag tritt in die Diskussion über Punkt 6 der Tagesordnung ein.

Nitsch-Magdeburg begründet den Antrag 42. Die Angriffe auf unsere Milizforderung sei von der Person Schippels nicht zu trennen, daher müsse der Ausschluß Schippels aus der Partei erfolgen

Blume macht von dem Wunsche Schippels Mittheilung, ihm als dem Angegriffenen, der Ursache des Diskussion, gewissermaßen als Korreferenten eine unumschränkte Redezeit zu gewähren.

Zubeil-Berlin: Ich protestire hiergegen energisch. Die Ansicht Schippels ist allgemein bekannt. Eventuell beantrage ich, ihm höchstens 30 Minuten zu gewähren. Heine steht auch schon auf. (Heiterkeit.) Der wird dann auch unumschränkte Redezeit haben wollen.

Heine-Berlin: Ich bitte Sie, den Antrag Zubeil abzulehnen, den Wunsch von Schippel zu erfüllen. Es wäre eine Ungerechtigkeit sondergleichen, wenn wir dem, der hier gewissermaßen der Angeklagte ist, das unbeschränkte und freie Recht zum Reden nicht geben wollten. Hier handelt es sich um eine seit vielen Monaten in der gesammten Parteipresse geschürte und rege gehaltene Aufregung gegen Schippel. Es ist eine Kapitalanklage gegen ihn erhoben worden, und es geht einfach nicht, daß man ihm das Wort abschneidet. Jedem Anderen, dem Ankläger, kann man eher das Wort abschneiden, aber es ist mit allen Grundsätzen einer geordneten Rechtspflege unvereinbar, daß man es dem Angeklagten verkürzt. (Sehr richtig!) Was mich betrifft, so kann Zubeil ganz ruhig sein, ich werde nicht die 30 Minuten ausnutzen, ich bin mit 10 Minuten völlig zufrieden.

Unter Ablehnung des Antrags Zubeil beschließt der Parteitag, Schippel unbeschränkte Redefreiheit zu gewähren.

Schippel: Parteigenossen! Sie müssen es mir schon verzeihen, daß ich noch den Muth habe, hier überhaupt noch vor Ihnen zu reden. Genosse Geyer hat allerdings gesagt, er wolle nicht Ketzerrichter sein. Der Form nach hat er das auch erfüllt, er hat aber eine Ausdrucksweise gewählt, ähnlich wie die der Genossin Zetkin. Auch sie hat sich ja darauf berufen, daß sie uns nicht aus der Partei hinauswerfen und auch keine Andern dazu auffordern, es aber unserm Takt überlassen wolle, ob wir nicht selbst freiwillig zu gehen vorzögen. Das ist ungefähr der gleiche Unterschied, als ob man Jemandem wirklich den Strick um den Hals legt, mit dem man ihn hängen will, oder ob man so gnädig ist, ihm die seidene Schnur zu schicken, damit er davon Gebrauch macht. (Heiterkeit.) Ich habe nicht die Absicht, davon Gebrauch zu machen. Wäre ich innerlich mit der Partei fertig, verlassen Sie sich darauf, ich würde nicht fünf Minuten länger darin bleiben! Aber bisher hat man es nicht für das Zeichen eines schlechten Parteigenossen angesehen, daß er den Muth hat, gewisse Fragen immer wieder anzuregen, auch wenn er sicher ist, auf Widerspruch in der Partei zu stoßen. Wenn ich an der Partei nur noch äußerlich hinge, dann könnte ich mir ja irgendwo in aller Ruhe einen Platz in einer stillen Ecke aussuchen, dann brauchte ich nicht hinauszugehen und den Widerspruch der Genossen herauszufordern. Wer so handelt, ist innerlich mit der Partei nicht fertig. Also verzeihen Sie mir, wenn ich heute als Parteigenosse weiter zu Ihnen spreche!

Nun hat Geyer gesagt, ich hätte einen Ton angeschlagen, so hochfahrend, wie man ihn in parteigenössischen Diskussionen nicht anschlagen sollte. Nun, wenn ich heute den Artikel schriebe, würde ich ihn im Ton gewiß anders schreiben. Legen Sie Werth darauf, daß ich den Ton zurücknehme, so bin ich jeder Zeit gern dazu bereit. Aber spielen Sie doch nicht die Ketzerrichter über den Ton in der Partei. Ich glaube, ich bin ganz den Traditionen der Partei gefolgt, was kräftige Aeußerungen anbelangt. (**Bebel:** Aber Schmähungen und Beleidigungen!) Ich habe nicht die Partei geschmäht. Gewiß, ich habe einen Schriftsteller der Partei gemeint, er hat sich getroffen gefühlt, aber die Partei ist damit nicht beleidigt. (**Bebel** bittet ums Wort.) Sehen Sie sich doch den Ton an, den Kautsky gegen mich angeschlagen hat. Da bin ich ein Feind der Demokratie, ein Feind des Proletariats, ein Biedermann mit allerlei sauberen Zwecken, da habe ich unterschlagen und gefälscht. Wie könnte es auch anders sein? Ich bin ein „Fuchs in der Wolfshaut" (**Bebel:** Sehr richtig!), ein „Esel in der Löwenhaut". (**Bebel:** Das weniger!) Allerdings, Kautsky hat nur die Löwenhaut ausgeschrieben, das was darunter versteckt war, hat er nur angedeutet mit der ganzen Zartfühligkeit, die wir an ihm schätzen gelernt haben seit der Bernstein-Diskussion.

Noch eins. In einer Versammlung in Eimsbüttel hat Genosse Stubbe nach dem Bericht des „Hamburger Echo" gesagt, ich hätte erst lange Artikel gegen die Miliz geschrieben und dann anonym in einer anderen Zeitschrift wieder eine andere Stellung eingenommen. Er könne das nur als Feigheit bezeichnen. Und Zubeil hat in einer Berliner Versammlung nach dem Bericht des „Vorwärts" gesagt: „Es muß die Frage gestellt werden, ob Jemand solche Artikel in gegnerischen Blättern unter einem Pseudonym ablegen darf. Warum hat er nicht den Muth gehabt, Schippel darunter zu setzen?" (Sehr richtig!)

Also zunächst: Wo ist das gegnerische Blatt, für das ich geschrieben habe? Das Blatt heißt „Sozialistische Monatshefte", schon der Name klingt nicht nach Gegnern. Es wird redigirt von Parteigenossen, und zu seinen Mitarbeitern gehören u. A. Wilhelm Liebknecht, Leßner, Kampffmeyer, Conrad Schmidt, Wolfgang Heine, Rosa Luxemburg, Ledebour, Ed. David, Gertrud David, v. Elm, Legien, Molkenbuhr, Katzenstein, Eichhorn, Schröer-Spandau, Dr. Winter. Das ist also das gegnerische Blatt, für welches ich geschrieben habe!

Nun wird mir vorgeworfen, ich habe pseudonym geschrieben. Wie kommt denn das? Ich hatte vorher — über Ludwig Bamberger und den Katheder-sozialismus, über den Abg. Hitze als Kaplan und sozialpolitischen Himmelsstürmer, über die „wissenschaftliche" Behandlung des Boykotts — eine Reihe leicht hingeworfener Skizzen geschrieben, die ich mit Isegrim gezeichnet hatte. Als mich nun die Redaktion drängte, eine neue Skizze zu schreiben, kam der Artikel „War Engels milizgläubisch?" Ich glaubte, daß alle Leute wissen konnten, wer Isegrim ist, ebenso wie sie wissen, wer Parvus ist. (Widerspruch.) Genosse Dietz sagte in der Fraktion ganz offen, von der ersten Skizze an habe jeder wirkliche Leser erkennen müssen, daß Niemand anders dahinter stecken könne als Schippel (Zuruf **Dietz's:** stimmt) und anderen Fraktionsmitgliedern, die mich fragten, sagte ich ganz ruhig: Ja, wißt Ihr denn nicht, wer Isegrim ist? Das bin ich. Also, wer es erfahren wollte, hat es erfahren, irgend eine Geheimnißthuerei, eine Feigheit war nicht dahinter verborgen. Ich habe, wie ich bereits in der „Neuen Zeit" schrieb, niemals auch nur das geringste Verlangen verspürt, meine Identität mit dem Verfasser der anspruchslosen Skizzen in den „Sozialistischen Monatsheften" irgendwie zu verschleiern. Daß die Dinge so liegen, können Sie auch daran sehen, daß die „Sozialistischen Monatshefte" bei Bading gedruckt werden, wo jeder Setzer meine Handschrift kennt. Hätte ich meinen Namen verheimlichen wollen, so hätte ich doch das Manuskript nicht in diese Druckerei geschickt. Man beweise also, daß ich mich verheimlichen wollte, oder aber man lasse solche Verdächtigungen! Wir sind ja eine sehr revolutionäre Partei, aber in solchen Dingen sind wir oft nur ein großes Kaffeekränzchen von zahllosen alten Tanten, aus der Mücke wird ein Elefant gemacht, mit Wispern und Flüstern fängt es an, und schließlich kommt ein so braver und überzeugter Genosse wie Zubeil in Volksversammlungen und schreit in alle Welt hinaus, was für eine Feigheit es ist, was für einen Parteiverrath ich geübt habe.

Aber über das, was in Volksversammlungen geredet wird, wo ja Vieles geredet wird, darüber rege ich mich nicht auf.

Was mich verblüfft hat, ist, daß sofort einzelne Parteischriftsteller ähnlich wie im Falle Bernstein sich auf das gefundene Fressen gestürzt haben, ohne daß sie sich um die angeschnittene Frage vorher auch nur im geringsten gekümmert und sich auch nur über die simpelsten technischen Ausdrücke orientirt hatten. (Widerspruch.) Nein, dem denunziatorischen Eifer ist in diesem Falle auch die Unwissenheit vollständig gleichgekommen. Ich habe hier speziell Kautsky im Auge. Ich muß sagen: wenn ein Schriftsteller, der sich nicht genötigt fühlt, sich erst mal über die Grundbegriffe dieser militärischen Fragen klar zu werden, erst mal das ABC dieser Fragen zu lernen, sofort über einen herfällt und „Feind der Demokratie", „Anhänger des Berufsheeres" in die Welt hinausschreit, so hat mich das doch schon mehr in Wallung gebracht.

Volksversammlungen! Ach Gott, der Mann, der hinaus und reden muß, der kann eben nicht anders. (Unruhe. Zuruf: Ist der etwa weniger?) Nein, ich meine, der kann sich nicht so vorbereiten wie ein Schriftsteller, ein Redakteur einer wissenschaftlichen Revue, der sich doch nicht sofort kopfüber mit denunziatorischem Eifer auf diese Fragen zu stürzen braucht. Erst hat Kautsky mich als Anhänger der Berufsheere hingestellt. Dann machte ich ihm klar, daß wir Berufsheere schon seit 100 Jahren, seitdem wir keine Werbesoldaten besitzen, nicht mehr haben. Nun kam er mit den Berufssoldaten angewackelt. Da habe ich ihn gefragt: Wo ist denn die Masse der Soldaten heute noch Berufssoldaten? Nun ist er auch davon abgekommen, und so bin ich denn auf die Frage losgegangen: worum sich überhaupt der Streit bei dem Gegensatz: Miliz und stehendes Heer dreht.

Was ist denn der Unterschied zwischen Miliz und stehendem Heer? Ich verlange, daß, wenn man mich kritisirt, daß man mir dann nicht irgend eine allgemeine Rederei unterstellt, sondern daß man voraussetzt, daß ich die Benennung so gewählt habe, wie sie allgemein in der ganzen wissenschaftlichen Militärliteratur gang und gäbe ist. Wir haben heute kein Berufsheer mehr, wir haben die allgemeine Wehrpflicht, wir haben das Volk, das zeitweise in die Armee eintritt und nach zwei Jahren wieder austritt. Wir haben aber bei den stehenden Heeren — und darum nennt man sie stehende Heere — noch immer stehende Kadres, einen festen Stamm von Offiziren und Unteroffizieren, durch deren Schule, durch deren Drill der einzelne Soldat hindurchgeht. In der ganzen Literatur versteht man unter stehendem Heere das Heer mit stehenden Kadres, ob nun die Dienstzeit drei, zwei, ein Jahr oder sechs Monate dauert. Kautsky wollte im Laufe der Diskussion freilich nicht zugeben, daß man bei stehenden Kadres auch unter ein Jahr hinuntergehen kann. Ich konnte mir das erst gar nicht erklären, erst das Elberfelder Parteiorgan belehrte mich, daß sich Kautsky die Sache wahrscheinlich so vorstelle, daß man bei einer neunmonatlichen Dienstzeit einen ganzen Jahrgang aushebt und wenn diese neun Monate um sind, drei Monate lang keine Soldaten mehr hat. Wer die Sache kennt, der weiß, daß das einfach bedeutet, daß dann neun Zwölftel eines Jahrganges fortwährend unter der Fahne sind. Also stehende Heere sind einfach Heere mit ständigen Berufskadres, durch deren Schule die Volksmassen hindurchgehen. Bei der Miliz aber giebt es gar keinen Berufssoldaten, auch keine Berufsoffiziere oder -Unteroffiziere.

Damit Sie mich nicht der Silbenstecherei zeihen, will ich Ihnen nur ein paar Urtheile vorlesen, um Ihnen zu beweisen, daß diese Terminologie überall ga, wo man die Frag ernst behandelt, durchgeführt ist. Rüstow sagt: „Angenommen, die Bürger seien im Waffendienst geübt, man könne sich darauf verlassen, daß sie auf den ersten Ruf zusammenkommen, die bürgerliche Eintheilung in Provinzen, Kreise, Gemeinden, Quartiere sei außerdem derart, daß aus ihnen ohne weiteres entsprechende Truppenkörper hervorgehen, Divisionen, Brigaden, Bataillone, Kompagnien, und die bürgerlichen Magistrate, die Friedensbeamten seien im Stande, im Kriegsfall zugleich als Kriegsbefehlshaber, als Kriegsbeamte aufzutreten, so kann man im Frieden eines als solches äußerlich sichtbaren Heeres offenbar ganz entbehren. Bei dem ersten Kriegsruf formirt sich das Heer ohne weiteres. Das ist das Milizsystem." In allen Militärlexika, die ich durchgesehen habe, heißt es, oft wörtlich übereinstimmend, jedenfalls aber immer dem Sinne nach: „Miliz ist eine Truppe, die keine Friedensstämme hat". Bei Ratzenhofer ist das Wesen der stehenden Heere die allgemeine Wehrpflicht und Berufskadres, der Gegensatz dazu ist bei ihm Miliz. Bei Bogulawski heißt es, „das stehende Heer, d. h. die nothwendigen Kadres von Berufssoldaten und die unter Waffen stehenden Wehrpflichtigen . . . dem Kadressystem dirkt gegenüber steht das reine Milizsystem, in welchem die jungen Mannschaften nur unter Aufsicht einiger Instruktionsoffiziere ausgebildet werden und sich im Falle der Mobilmachung ohne Kadre formiren". Oberst Wille spricht von „kurzer Ausbildungszeit und dem gänzlichen Fehlen permanenter beruflich ausgebildeter Kadres bei jeder Milizarmee". . . . „In den stehenden Heeren ist Offiziersein Beruf, der Milizoffizier ist dies nur nebenbei, neben seinem eigentlichen Lebensberuf und vielfach neben der anderweitigen ausgedehnten Inanspruchnahme durch das öffentliche Leben." Das ist die Definition, die man überall findet und die ich selbstverständlich meinen Ausführungen zu Grunde gelegt habe. Und dem entspricht auch die Praxis. Warum haben wir denn in England den Unterschied zwischen Miliz und stehendem Heer? Giebt es bei den einen Stockprügel, bei den andern Zuckerbrot? Nein, der Unterschied ist so, wie ich ihn eben gekennzeichnet habe. Auch die Schweizer Miliz hat keine festen Friedensformationen, und wo man sie hat, nennt man sie mit Recht einen Ansatz zum stehenden Heer. Die Leute werden auf Tage und Wochen einberufen, die zu den Rekrutenschulen zugezogenen Kadres werden eigens für diese Zeit und einen kurzen Vorkurs ausernannten und beförderten Offizieren und Unteroffizieren zusammengestellt und sofort wieder aufgelöst. Und eben weil hier alle „ständigen" Elemente einer Heeresformation im Frieden, soweit das praktisch überhaupt möglich, ausgelöscht sind, darum spricht man mit Recht von der „Miliz" als Grundlage der schweizerischen Wehrverfassung. Es ist eigentlich etwas kindisch, daß man diese Dinge hier noch betonen muß, sie könnten Jedem geläufig sein, der sich mit diesen Grundsätzen beschäftigt hat. Wenn also Kautsky schließlich als Milizverfechter stehende Kadres gar nicht so unübel findet und die Unentbehrlichkeit von Berufssoldaten an der Spitze dieser Kadres des längeren begründet, und wenn er mich dann ganz erstaunt fragt: Ja, wer hat denn jemals behauptet, daß bei der Miliz keine stehenden Kadres sein müssen? — so konnte er mich ebenso gut fragen, wie ich dazu komme, ein Säugethier ein Lebewesen zu nennen, das lebendige Junge zur Welt bringt, und einen Vogel ein Lebewesen, das Eier legt und sie selber ausbrütet. Er hat eben nicht gewußt, um was es sich handelt. Aber dann muß ich mir doch verbitten, daß man diese hohen Töne gegen mich anschlägt.

Auf die Frage, wie weit Engels für die Gegenwart nicht Anhänger des Milizsystems war, will ich hier nicht weiter eingehen. Ich wende mich nun zu dem Vorwurf des Genossen Geyer, ich hätte Engels falsch zitirt. Er muß den Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" gar nicht weiter gelesen haben. Er lese nur einige Zeilen weiter: „Hier sind es also wieder die alten zwei Jahre, die als das zunächst Erreichbare ins Auge gefaßt werden. Weitere Herabsetzungen sind vorbehalten, sobald „man" sich von der Möglichkeit überzeugt haben wird. Das „Milizsystem" wird hier zwar als Endziel flüchtig daneben genannt." (Zuruf: „flüchtig!") Wie kann man gas „falsch zitiren und unterschlagen" nennen. Das mag der liebe Himmel und Freund Geyer wissen. (Heiterkeit.)

Auf die Milizfrage will ich selber nicht eingehen, ich will nur noch erwähnen: Engels erkennt ganz offen die Vorzüge des stehenden Heeres vor jeder anderen Heeresformation für die auswärtige Politik an. Er sagt, daß die stehenden Cadres einen festen Zusammenhang, eine operationsfähige Armee lieferten, und das sei für einen Staat, der eingekeilt ist zwischen Frankreich im Westen und Rußland im Osten eine Nothwendigkeit. In der That war das stehende Heer eine Waffe für die äußere Politik, für die Siege des preußischen Staates, die auch wir eine Revolution nennen müssen. (Unruhe.) Viele der Gründe Engels gelten auch noch heute. Sind wir nicht noch immer eingekeilt zwischen Frankreich im Westen und Rußland im Osten? Haben wir nicht von führenden Parteigenossen gehört, daß der Gegensatz seit dem deutsch-

französischen Kriege nur immer gefährlicher geworden ist? Die Bedeutung des stehenden Heeres als Waffe der äußeren Politik kann nicht bestritten werden. Wenn wir die Miliz einführten, das heißt nur die vorhandene ansässige Bevölkerung mit Waffen versehen wollten, so müßten wir geradezu die Landflucht vom Osten nicht nur eindämmen, sondern den ganzen Osten mit einer dichteren Bevölkerung auf Kosten unserer Industriebezirke besiedeln, ähnlich wie wir heute beim stehenden Heer im Osten überall stärker besetzte Bataillone und Formationen haben. Entweder wir glauben an keine jemals hervorbrechenden Gegensätze zwischen den Staaten, dann müßte nicht die Miliz, sondern die vollständige Aufhebung jedes Heeres unsere Forderung sein. Oder wir glauben an mögliche Konflikte, dann haben wir als Vertreter der deutschen Arbeiterklasse die Pflicht, auch dafür zu sorgen, daß die deutschen Arbeiter obenauf bleiben. (Unruhe.)

Und auch das müssen wir anerkennen, daß wir zwar in erster Linie den Frieden erstreben, politisch uns nur vertheidigen wollen, im anderen Falle aber den Krieg über die Grenzen hinauszutragen, militärisch offensiv vorzugehen haben. (Hört! hört!) Unsere Vertheidigung kann doch nicht darin bestehen, daß wir uns wie mit einer chinesischen Mauer umgeben und von oben herab dem Feinde Esel bohren und lange Nasen ziehen.

Doch das sind Fragen der auswärtigen Politik, die wir auf absehbare Zeit nicht zu lenken und zu leiten haben, der wir vielmehr, wenn auch nicht als unbetheiligte, so doch als kühle Zuschauer gegenüberstehen. Darum will ich auch auf diesem Gebiet nicht weiter diskutiren, sondern mich der Frage zuwenden, ob die Miliz uns für die Kulturaufgaben so unendlich viel Ueberschüsse liefern würde, daß sie schon deshalb gefordert werden muß, daß wir sie auch darum fordern müssen, um den unterdrückten Gesellschaftsschichten das Emporkommen zu ermöglichen. Heißt doch die Miliz in dem Schreiben der Sektion Zürich 1869 an den Baseler Kongreß „das bewaffnete Stimmrecht". Durch die Miliz sollen wir also das bewaffnete Stimmrecht erhalten und Millionen frei haben für die Kulturaufgaben.

Ich frage zunächst: Ist die Miliz ein so billiges System? Bebel hat in seiner Broschüre „Nicht stehendes Heer — Volkswehr" berechnet, daß die Schweiz pro 1897 nicht ganz 23,2 Millionen Frcs. für ihre Miliz ausgegeben hätte, und er schließt nun: Deutschland hat eine $17^1/_2$ mal größere Bevölkerung, also würde die deutsche Miliz $17^1/_2 \times 23{,}2$ Millionen Frcs. = 405,75 Millionen Frcs. = 324,6 Millionen Mk. kosten. Dazu rechnet er jährlich 20 Millionen Mk. für das Instruktionspersonal und 40 Millionen Mk. für die militärische Jugenderziehung. Das ergiebt 385,2 Millionen Mk. für eine halbwegs leistungsfähige Miliz. Ich will an den Bebel'schen Zahlen keine Kritik üben, sondern nur darauf hinweisen, daß die Kantone 1897 noch 1,6 Millionen Frcs. für die Miliz verwandt haben. In anderen Jahren haben sie bis 5 Millionen Frcs. verausgabt. Auch diese Summen müssen mit $17^1/_2$ multiplizirt werden, das ergiebt ein Plus von 23—70 Millionen Frcs., so daß für Deutschland 405—445 Millionen Mk. herauskommen würden, während die deutschen Heeresausgaben 591 Millionen Mk. betrugen. Aber die Ersparniß, die hier noch immer vorhanden wäre, schrumpft zusammen, wenn man andere Jahre des schweizerischen Milizbudgets heranzieht, die nicht mit 23,2 Millionen Frcs. abschlossen wie 1897. 1893 gab die Schweiz 32 Millionen Frcs., 30% mehr als 1897 aus, 1892 36,15 Millionen Frcs., also 40% mehr. Nehmen wir diese Zahlen $17^1/_2$ mal, so kommen wir auf Ziffern, die praeter propter den deutschen Ausgaben vollständig gleichkommen. Da sieht es auch bei der Miliz mit den Kulturaufgaben windig aus. Ein dibiges System ist das Milizsystem nicht, und unendliche Summen werden für Kulturaufgaben dadurch nicht frei. Das Schlagwort: die Miliz ist billig,

wird man daher fallen lassen müssen. Thatsachen soll man sehen, und nicht die Augen davor verschließen. Das kommt auch in der Partei immer mehr zum Durchbruch. Auch Kautsky erkennt das an. So heißt es in seiner „Agrarfrage": „Von der Durchführung der Volkswehr darf man eine außerordentliche direkte ökonomische Entlastung der Bevölkerung kaum erwarten. In dieser Beziehung ist ihr die Idee des ewigen Friedens entschieden überlegen. Die Idee der Volkswehr bedeutet ja keineswegs eine Verminderung der Bewehrung des Volkes, eher eine Vergrößerung, da sie jeden Wehrfähigen auch zur Wehrhaftigkeit heranziehen will. Welche Kosten das verursacht, das ist eine Sache der technischen Entwickelung, die sich nicht absehen läßt, und die gerade auf dem militärischen Gebiet so lange ihre größten und verhängnißvollsten Triumphe feiern wird, so lange die Gegensätze unter den kapitalistischen Nationen unter einander fortdauern."

Wenn also Genossin Zetkin in einer Berliner Volksversammlung im Februar dieses Jahres nach einem Bericht des „Vorwärts" meinte: „Es ist für Unterrichts- und Bildungszwecke kein Geld vorhanden, weil der Militarismus Millionen und wieder Millionen verschlingt. Die Frau muß den Forderungen für den Militarismus die Forderung entgegensetzen: her mit den Millionen für die Volksbildung. Nicht das Land, welches über die meisten Gewehre und Kanonen verfügt, sondern das Land, dessen Einwohner den höchsten Bildungsgrad aufweisen, steht an der Spitze der Kultur" — so ist das zwar von prinzipiellem Standpunkt aus unanfechtbar, aber bei einigem Kopfrechnen hätte sie sich sagen müssen, daß die Miliz hier recht wenig aus der Misere heraushilft, weil sie eben auch recht heißhungrig Millionen verschlingt.

Die Miliz muß ferner, wenn sie das „Stimmrecht" nicht willkürlich nehmen und geben will, jeden Bürger ausheben und in Uebung halten. Wenn wir das in Deutschland seit 1866 und 1870 gethan hätten — während bekanntlich früher unsere Aushebungsziffer tief unter der Tauglichkeitsziffer stand — so hätten wir in Summa wohl mindestens denselben Aufwand seit der Reichsgründung gehabt. (Gelächter.)

Ob wir die Jugendwehr nicht jahrgangsweise gruppiren und kasserniren müssen, will ich beiseite lassen. Aber wir dürften dann die Dienstzeit niemals aufhören lassen, wenn wir das bewaffnete Stimmrecht gelten lassen wollen. Sollen die Greise nicht auch das bewaffnete Stimmrecht haben? Und vergessen Sie eins nicht: Wir verlangen ja auch das Stimmrecht für die Frauen. (Bebel: Die sollen auch Soldaten werden! — Heiterkeit.) Gewiß! Das ist nicht eine Einbildung von mir; die Revolutionäre in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" fordern das ja. (Ledebour: Wo?) Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" vom 23. Februar 1898 sagt im Leitartikel: „Warum sollten nicht die Jünglinge, auch Mädchen, vom 15., 16. Lebensjahre an sich im Waffengebrauch üben können?" (Ledebour: Da bin ich nicht dagewesen! — Große Heiterkeit.) Ledebour scheint nie verantwortlich zu sein, wenn eine richtige Dummheit in der „Sächs. Arb.-Ztg." steht; es war also Parvus oder mein verehrtes Gegenüber, Frau Dr. Rosa Luxemburg. (Heiterkeit.)

Ich will nur noch auf die berühmte Entlastungstheorie mit einem Wort eingehen. Sie sehen auch hier wieder, mit welcher Rabulistik fortwährend Parteidiskussionen geführt werden. Ich habe gesagt, daß wir heute unproduktive Ausgaben nicht mehr so einschätzen können, wie in früheren Gesellschaftsperioden, wo die Gesellschaft nicht genug schaffen konnte, daß in der Zeit der Ueberproduktion selbstverständlich unproduktive Ausgaben, Verschwendung, Luxus eine ganz andere Rolle spielten. Ich habe in der „Neuen Zeit" gesagt: „Die großen Aufwendungen in allen modernen Gesellschaften zu unproduktiven, vor allem auch seitens des Staates zu militärischen Zwecken, sind keine Verstärkung, sondern eine Erleichterung des allgemeinen ökonomischen Drucks.

Jede Gesellschaft der „Ueberproduktion" wird nicht belastet, sondern entlastet, wenn die Produktion relativ geschwächt, die Konsumtion relativ vermehrt wird. Nur hat der kapitalistische „Staat" an sich die Mittel der kapitalistischen Gesellschaft nicht zur Verfügung; sie aus ihren Tiefen durch Steuern heraufzupumpen, mag schließlich über seine „finanzielle" Kraft und auch über die Geduld der Staatsbürger hinausgehen. Aber in dem Keuchen und Aechzen dieses Steuerpumpwerks erschöpfen sich nicht die allgemeinen ökonomischen Wirkungen dieser riesenhaften unproduktiven Ausgaben, die geradezu eine Lebensbedingung, rein ökonomisch, für die moderne Gesellschaft geworden sind. Natürlich macht uns das den Militarismus nicht angenehmer, sondern um so unangenehmer. Nun kann ich von diesem Standpunkt aus auch nicht in das kleinbürgerlich-freisinnige Geschrei über den wirthschaftlichen Ruin durch die unproduktiven Militärausgaben einstimmen."

Parteigenossen, was ist da für ein Spuk in der Presse entstanden! Ich habe ja nicht gesagt, daß wir die Verschwendung unterstützen sollen, sondern ich habe die Thatsachen nur zu würdigen versucht. Aber derjenige, der mich deswegen am heftigsten angriff, war Kautsky. Er hat meiner Intelligenz die in einer demokratischen Gesellschaft denkbar niedrigste Einschätzung, ich stände nämlich in meiner Intelligenz noch unter dem russischen Zaren. Da finde ich aber in dem alten Erfurter Programm Kautskys auf Seite 101 eine Ausführung, die sich vollkommen mit der meinigen deckt; da heißt es, ganz wie bei mir: „Die Ueberproduktion wird immer mehr der dauernde Zustand der Produktion.

In Folge dessen wächst die Menge der Produktionsmittel, die nicht genügend oder garnicht ausgebeutet werden, die Menge der Reichthümer, die ungenutzt verloren gehen, die Menge der Arbeitskräfte, die brach liegen bleiben müssen. Zu diesen sind nicht blos die Schaaren von Arbeitslosen zu rechnen, die bereits zu einer bedrohlichen sozialen Gefahr angewachsen sind, sondern auch alle jene unzähligen und immer noch sich vermehrenden Schmarotzer am Körper der Gesellschaft, die, weil sie produktiv nicht thätig sein können, durch die verschiedenartigsten, meist ganz überflüssigen, aber oft höchst aufreibenden Thätigkeiten ein elendes Dasein zu fristen suchen . . .; dazu gehören ferner die zahlreichen Schaaren derjenigen, die sich den Besitzenden zu persönlichen Diensten verdingen; endlich die große Menge von Soldaten: das stete Anwachsen der Armen in den letzten zwanzig Jahren wäre kaum möglich gewesen ohne die Ueberproduktion, die es der Industrie erlaubte, auf so viele Arbeitskräfte zu verzichten. Die kapitalistische Gesellschaft fängt an, in ihrem eigenen Ueberfluß zu ersticken; sie wird immer weniger fähig, die volle Entfaltung der Produktivkräfte auszuhalten, die sie geschaffen. Immer mehr Produktivkräfte müssen brach liegen, immer mehr Produkte nutzlos verschwendet werden, soll sie nicht außer Rand und Band gerathen". Später heißt es dann noch, daß die heutige Gesellschaft (des Privateigenthums an Produktionsmitteln) „immer mehr zur Verschwendung und Brachlegung ihrer Produktivkräfte gezwungen" sei. (Bebel: Da muß man eine stehende Armee dafür halten!) Nun, ich habe schon erklärt, daß mir niemals ein so einfältiger Gedanke eingefallen ist. Ich habe immer gesagt, wenn man Geld für die Arbeiter haben kann, dann soll es geschehen; das versteht sich bei mir, wenn ich auch von Einigen nicht mehr als Vertreter der Arbeiterinteressen angesehen werde, denn doch noch von selbst. Aber gerade wenn man sozialistisch denken gelernt hat, kann man nicht in das kleinbürgerliche Gebarme über die ökonomisch ruinösen Wirkungen jeglicher Verschwendung einstimmen.

Was ist es nun, was mich scheidet von dem, was Geyer ausgeführt hat? Ich habe stets gesagt, die Miliz ist für mich immer das Endziel der Entwickelung. Aber ist sie kein System, das man bei den heutigen

Staatengegensätzen aus dem Boden stampfen und den Gegnern, die über stehende Heere verfügen, als überlegen entgegenstellen kann, sondern sie ist etwas, was sich aus den heutigen Armeen recht wohl entfalten kann, wenn wir im Staate eine kräftige Vertretung unserer Interessen haben; und da habe ich ausgeführt, daß auch Engels diese Entfaltung als möglich ansah und vertrat. Ich zitire hier einfach nochmals meinen ersten Isegrim-Artikel:

„Engels hat für die Gegenwart nie recht an die Ueberlegenheit des Milizsystems geglaubt, obwohl er das heutige System schließlich aus seiner eigenen inneren Bewegung im wirklichen Volksheer enden sah — was doch gegen die übliche Milizvorstellung einen ebenso fundamentalen Unterschied bedeutet, wie wenn man einerseits glaubt, der Kapitalismus werde durch sein eigenes Fortschreiten schließlich eine genossenschaftliche Gesammtproduktion erzeugen, in diese heineinwachsen, oder andererseits: man müsse dem heutigen Kapitalismus genossenschaftliche Betriebe entgegenstellen, die ihn durch ihre Ueberlegenheit heute schon schlagen und ersetzen sollen.

Meist überwiegt die immer mehr vertiefte Anschauung, daß nicht eine neue Grundlage der Heeresverfassung im spekulativen Kopfe auszuhecken und der allerdings unschönen und widerspruchsvollen Wirklichkeit entgegenzustellen ist, sondern daß die Erweiterung und Fortbildung der Grundlagen des heutigen Armeesystemes gleichbedeutend ist mit einer vollständigen Umwälzung aller bestehenden Machtverhältnisse. Die quantitative Erweiterung wird mit der Zeit zu einem qualitativen Umschlag . . ."

Weiter habe ich nichts betont, gefordert habe ich überhaupt nichts. Wird die allgemeine Dienstzeit verkürzt, die allgemeine Wehrpflicht weiter durchgeführt, so demokratisirt sich die Armee ganz von allein, so hört sie auf, in dem scharfen Sinne wie heute Klassenwerkzeug zu sein, so wird die Armee in unsere Hände allgemach hinübergleiten. Wer will die Rekruten liefern, wer die Arbeiter für die militärischen Fabriken, für die Eisenbahnen, ohne welche diese ungeheuren Truppenmassen bewegungsunfähig sind? Der ganze Militarismus wird nicht mehr leben können ohne uns. Die heutige Armee wird, wenn sie sich so weiter entwickelt, eine Arbeiterarmee ganz von selbst, oder sie wird eine Armee, die man nicht mehr gegen Arbeiter verwenden kann, nicht mehr verwenden kann zu auswärtigen Kriegen, die die Arbeiterklasse nicht billigt. Und man mag über den „inneren" Kampf denken wie man will: wenn ein Krieg kommt, ist die Armee doch das Volk in Waffen, und dann üben wir die Macht und den Einfluß aus, die uns in der heutigen Gesellschaft überhaupt möglich sind.

Und ist das etwas Neues? Deswegen hat mich Geyer angegriffen! Ich bin erstaunt, daß man diese von autoritativer Seite oftmals wiederholte Aeußerung mir als Verrath des Parteistandpunktes anrechnet in der Weise, daß man mir nahe legt, ob ich nicht meinen Austritt aus der Partei überlegen wolle.

Da heißt es in dem bayrischen Landtagshandbuch: „Wir verlangen eine andere Organisation des Heerwesens, durch welche die Vertheidigung ebenso, ja in erhöhtem Maße gesichert wird, ohne das Volk derart zu belasten. Wir fordern darum die Umgestaltung des heutigen Kasernenheeres in ein Volksheer, die vor Allem durch stufenweise, wesentliche Herabsetzung der Dienstzeit anzubahnen ist . . . .

Das Heer soll, wie jede andere Einrichtung des Staates, kein Werkzeug einer Klasse, einer Partei oder des jeweiligen Machthabers sein. Selbstverständlich ist Disziplin in ihm nothwendig. Aber diese Disziplin muß auf einem vernünftigen und moralischen Grunde beruhen, sie darf nicht ins Unbedingte und Sinnlose gehen. Im Uebrigen braucht man die Drohung der Anwendung des Heeres gegen den „inneren Feind" freilich auch nicht allzu tragisch zu nehmen. Denn einmal vollzieht sich die gefürchtete Um-

gestaltung unserer sozialen Verhältnisse in einer der Waffengewalt unzugänglichen Weise. Und dann macht jeder Schritt zur weiteren Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht das Heer nothwendig immer ungeeigneter zu seiner Mißbrauchung gegen das Volk, weil mit dem Wachsthum der materiellen Mittel zur Gewalt die moralischen Mittel dazu sich vermindern. Trotz aller Aeußerlichkeiten, die Anderes zu beweisen scheinen, ist das Heer im Zuge, sich innerlich unaufhaltsam zu demokratisiren. Denn mit dem Eintritte immer größerer Volkstheile in das Heer müssen nothwendig die die Volksmassen bewegenden Gedanken und Bestrebungen allmälig einen immer bestimmenderen Einfluß auf das Heer gewinnen, der schließlich mit der Einstellung des letzten halbwegs tauglichen Mannes überwiegend werden wird.

Das ist im Auftrage der bayrischen Genossen geschrieben worden. Aber noch ganz andere Leute haben sich ganz ebenso erklärt So schreibt Friedrich Engels in der „Neuen Zeit" 1891/92, 1. Band, Seite 583:

„Die Hauptstärke der deutschen Sozialdemokratie liegt keineswegs in der Zahl ihrer Wähler. Bei uns wird man Wähler erst mit 25 Jahren, aber schon mit 20 Soldat. Und da gerade die junge Generation es ist, die unserer Partei ihre zahlreichsten Rekruten liefert, so folgt daraus, daß die deutsche Armee mehr und mehr vom Sozialismus angesteckt wird. . . Gegen 1900 wird die Armee in ihrer Majorität sozialistisch sein. Das rückt heran unaufhaltsam wie ein Schicksalsschluß. Die Berliner Regierung sieht es kommen, ebenso gut wie wir, aber sie ist ohnmächtig. Die Armee entschlüpft ihr."

Ich verweise noch auf eine andere Aeußerung, die deshalb sehr interessant ist, weil sie mit der vorliegenden Resolution sehr schlecht in Einklang steht. Bebel äußert sich im „Mouvement socialiste" vom 15. Mai 1899 folgendermaßen:

„Der Militarismus soll die Klassenherrschaft aufrecht erhalten. Aber man kann die Zeit schon voraussehen, er wird dazu ganz ungeeignet. Die Zahl der Armeen hat zur Voraussetzung die allgemeine Wehrpflicht, die man kaum mehr aufheben kann. Die Stadt- und Landarbeiter, welche die erdrückende Mehrheit der Soldaten ausmachen, sind indeß mehr und mehr der sozialistischen Idee verfallen. Die Armee kann also immer weniger zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft dienen und eines Tages überhaupt nicht mehr. Sie wird den Befehl, auf Vater und Mutter zu schießen, nicht mehr ausführen, sie wird kein Machtmittel in der Hand einer Klassenregierung mehr sein (elle ne sera dès lors un instrument dans la main d'un gouvernement de classe)".

Genau so wie in der Resolution — aber umgekehrt! (Hört! hört!) Und, Parteigenossen ich bitte Sie um alles in der Welt, sind Ihnen denn Ihre eigenen Beschlüsse auf Ihren eigenen Parteitagen unbekannt? Früher hat man gesagt: Kürzere Dienstzeit auf der Grundlage des stehenden Heeres ist ein Verstoß gegen das Programm, das grundsätzlich die Miliz fordert. Als 1877 ein Wahlflugblatt in Schleswig geäußert hatte: „Hartmann will die militärische Dienstzeit nicht nur für die Söhne der Wohlhabenden, sondern für jedermann beschränken; auch der Tagelöhner, der Handwerker soll nur ein Jahr dienen" — da belehrte man ihn nach dem Gothaer Protokoll: Das Parteiprogramm wollte Abschaffung des Militarismus überhaupt, und wenn man also nicht für die Volkswehr eintrete, sondern nur für Einschränkung der Wehrpflicht unter dem heutigen System auf ein Jahr, so verstoße man gegen das Programm. Und was haben wir voriges Jahr in Stuttgart beschlossen? Es lag ein Antrag vor, die Miliz zu verlangen; dieser Antrag ist nicht einmal so unterstützt worden, daß er zur Berathung kam. Dagegen ein zweiter Antrag, der der Mainzer, wurde von David folgendermaßen begründet: „Parteigenossen, lehnen Sie den Antrag nicht etwa deswegen ab, weil er kein Milizantrag ist. Wir müssen an die gegebenen Verhältnisse des

heutigen Militarismus anknüpfen, durch Verkürzung der Dienstzeit, die Miliz wird dann später schon folgen." Da erhob sich als Berichterstatter der Fraktion ein parlamentarisch so erfahrener Genosse wie Wurm und lehnte die Mainzer Zurückstellung des Milizsystems folgendermaßen radikal ab:

„Darum halte ich es für nicht richtig, wenn Genosse Dr. David gesagt hat: Wie schön ist es, wenn wir den Bauern sagen können, wir wollen die Verkürzung der Dienstzeit auf ein Jahr. Das soll leichter begreiflich sein, als die Forderung des Milizsystems. Ich bin entgegengesetzter Ansicht. Das ist keine grundsätzliche Agitation, wenn wir nur die Erleichterung des Militarismus fordern."

Und der Parteitag? Derselbe Parteitag, auf dem der Milizantrag glatt unter den Tisch fiel, hat gemäß der Anschauung beschlossen, die ich in meinen Artikeln vertreten habe. (Hört! hört!) Also, Parteigenossen, ich habe keine Furcht: deswegen, weil ich den Beschluß des vorigen Jahres vertreten habe, werden Sie mich aus der Partei nicht hinausbefördern.

Ja, Parteigenossen, es gehe noch viel weiter. Diese ganz rabulistische Kritik, diese rabulistische Quertreiberei ist meines Erachtens doch wohl auch mitunter wider besseres Wissen geschehen. (Unruhe.) Kautsky, der jetzt sagt, wir müssen grundsätzlich vorgehen, hat in der Begründung seines Programmentwurfs sich ähnlich geäußert wie ich. Oder vielmehr, er ist viel weiter gegangen: er hat sich direkt gegen den jetzigen Punkt 3 des Programms gewendet. Er begründet die von ihm und Bernstein vorgeschlagene Abänderung der alten Formulirung in der „Neuen Zeit" (1890/91, S. 819) folgendermaßen:

Der aus den jetzigen §§ 3 und 7 zusammengesetzte Paragraph erhielt dem folgende Fassung:

Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Umwandlung der stehenden Heere zur Volkswehr. . . .

„Die Form „Umwandlung der stehenden Heere zur Volkswehr" anstatt „Volkswehr an Stelle der stehenden Heere" schlagen wir (d. h. Kautsky und Bernstein) deshalb vor, weil sie das Ziel feststellt und doch der Partei freie Hand läßt, heute, wo die Auflösung der stehenden Heere nun einmal nicht angeht (Gelächter), bereits eine Reihe Maßregeln zu verlangen, die wenigstens den Gegensatz zwischen Heer und Volk möglichst verringern, wie z. B. die Aufhebung der besonderen Militärgerichtsbarkeit, Herabsetzung der Dienstzeit ꝛc. ꝛc."

Und nach alledem und darum dieser Bann, diese Aufregung über Prinzipienverrath, obwohl ich doch, nur vielleicht konsequenter, vielleicht bewußter und klarer das vertreten habe, was in der Partei immer und immer wieder vertreten worden ist!

Damit bin ich am Schluß. Ich wende mich nicht an Ihr Herz, nicht an Ihre Stimmung, ich verlange nicht, daß Sie über den Ton, wenn Sie damit nicht einverstanden sind, schweigen und irgendwie diese Anzüglichkeiten als kompensirt erachten durch die entgegenstehenden Anzüglichkeiten von Kautsky. Aber, wenn die Anschauungen, die ich vertreten habe, immer und immer wieder verfochten worden sind, zum Theil von den hervorragendsten Vertretern unserer Partei, selbst von denen, die geglaubt haben, sie müßten die Feder gegen mich ergreifen; dann sind das eben Anschauungen, über die man ruhig diskutiren darf, durch deren Vertretung man sich nicht außerhalb der Partei stellt, sondern es sind ernste Fragen, die man ernst erörtern sollte. Und deshalb bitte ich Sie: Ueben Sie Toleranz! Lassen Sie die Freiheit der Kritik hier walten, aber üben Sie kein Ketzergericht. (Lebhafter Beifall und Zischen.)

Frau Dr. Luxemburg: Die Rede Schippels, besonders im ersten Theil, war eine Vertheidigung des Militarismus, wie sie ein Kriegsminister ganz gut einer Militärvorlage beilegen könnte. (Heiterkeit.) Mir wurde hier mehrfach vorgeworfen, ich wäre in einer so unerwartet milden Weise aufgetreten, ich

hätte mit einer so herzgewinnenden Milde gesprochen. Das kommt daher, weil ich allgemeinen theoretischen Debatten in Bezug auf den Opportunismus nicht allzuviel praktische Bedeutung beimesse. Wichtig ist für mich die Bekämpfung der konkreten Erscheinungen des Opportunismus, und als solchen betrachte ich vor allem die Stellung Schippels zum Militarismus. Für mich gilt auch für die Partei heißt es: Hic Rhodus, hic salta! Hier soll Schippel Rede und Antwort stehen.

Genosse Geyer hat gesagt, wenn wir auf unsere bisherige prinzipielle Gegnerschaft gegen den Militarismus verzichten, so würde das unsern Kampf sehr in die Länge ziehen. Nein, ich glaube, wenn wir auf den Kampf gegen den Militarismus in der bisherigen Form verzichten, dann können wir überhaupt einpacken, dann hören wir überhaupt auf, eine sozialdemokratische Partei zu sein. (Sehr wahr!) Der Militarismus ist der konkreteste und wichtigste Ausdruck des kapitalistischen Klassenstaates, und wenn wir den Militarismus nicht bekämpfen, dann ist unser Kampf gegen den kapitalistischen Staat nichts als eine leere Phrase. (Beifall.) Ich will hier nicht auf den Ton der Schippel'schen Artikel und auch nicht auf das Pseudonym eingehen. Ich glaube, er ist dafür schon genügend durch den malitiösen Druckfehlerteufel getroffen, denn, wie Sie bereits bemerkt haben werden, heißt es in dem Antrag Mergner, der seinen Ausschluß verlangt, Schippel habe sich gegen die Erziehung zur allgemeinen Wahrhaftigkeit schwer vergangen. (Heiterkeit.) Es soll natürlich „Wehrhaftigkeit" heißen. Ich will auch nicht auf die technische Seite der Milizfrage eingehen. Schippel sagt, Kautsky verstehe in diesen Dingen nicht einmal das Abc. Als ich das hörte, erschrak ich furchtbar, denn wie muß es um eine Partei bestellt sein, deren theoretischer Vertreter von einer der wichtigsten praktischen und theoretischen Fragen nicht einmal das Abc versteht! (Sehr gut!) Wenn eine so hohe Bildung nöthig ist, um die Milizforderung zu begreifen, daß nicht einmal ein Kautsky sich dazu emporschwingen kann, wie soll dann die Masse der Proletarier dies Postulat vertheidigen! Ich betrachte eben die ganzen breiten Erörterungen Schippels über die technischen Fragen als ein Ablenkungsmittel, um unsere Aufmerksamkeit von der wichtigsten — der politischen Seite abzuwenden. Wir brauchen uns auf technische Einzelheiten schon deshalb nicht einzulassen, weil uns keine konkrete Vorlage zur Einführung der Miliz beschäftigt. Wenn wir eine solche Vorlage haben, würden wir eine Neuner-Kommission wählen, die darüber zu berathen hätte. (Heiterkeit.) Heute gilt es für uns, das Postulat in seiner allgemeinen Form aufzustellen und besonders auf seine politische Seite Nachdruck zu legen. Mit dem Argument, daß der Vertheidigungskrieg sich nothwendig in einen Angriffskrieg verwandelt und wir dazu stehendes Heer brauchen, hat sich Schippel wieder auf den Boden der üblichen Argumentation der deutschen Regierung gestellt, die den Angriff blos als eine Form der Vertheidigung hinstellt. Es würde Schippel schwer fallen zu beweisen, daß das Milizsystem zur wirklichen Vertheidigung in allen Formen nicht noch besser zu brauchen ist, als die stehenden Heere.

Schippel hat in seinen Artikeln ausdrücklich hervorgehoben, daß der Militarismus eine wirthschaftliche Entlastung für uns sei, und heute hat er nachzuweisen gesucht, daß die Miliz jedenfalls keine wirthschaftliche Entlastung wäre. Die Zahlennachweise Schippels erscheinen mehr als zweifelhaft, aber selbst wenn die Miliz uns ebenso viel kosten würde wie der Militarismus, so könnten wir doch ruhig mit den beiden Händen für die Miliz stimmen, denn dann geben wir wenigstens unser Geld aus, um dafür ein Mittel der Vertheidigung nicht nur gegen den äußeren Feind, sondern auch gegen die inländischen Unterdrücker zu haben, dem Militarismus bringen wir aber die Geldopfer zu dem Zwecke, damit man uns erwürgt und unterdrückt. (Sehr gut!)

Schippel ist ja nicht der einzige; ich verweise nur auf die Auer'sche Aeußerung in Hamburg, auf Heine und auf Vollmars letzte Rede in München. Ich begreife nicht, wie Jemand, der den Militarismus technisch für unentbehrlich und wirthschaftlich für eine Entlastung hält, so unlogisch ist, gegen die Militärausgaben zu stimmen. Da bleibt doch nur übrig, daß jene Genossen entweder früher oder später die Militärforderungen bewilligen, oder aber, daß sie ihren Standpunkt verlassen und sich auf den Boden unserer Milizforderung stellen. Jetzt allerdings lehnen sie die Militärforderungen noch ab, aber wenn ihre Auffassungen mehr an Boden gewonnen haben, dann werden sie schließlich auch für die Militärvorlagen stimmen. (Unruhe, Widerspruch und Zustimmung.)

Einige Genossen haben gefragt, ja, wo ist der Opportunismus, von dem Ihr gesprochen habt? Nun Genossen, in den Aeußerungen Schippels, Heines, Vollmars über den Militarismus haben Sie die beste Antwort. Dort ist der Opportunismus in der krassesten Form zum Ausdruck gekommen. Dagegen müssen wir vorgehen. Bitte, nehmen Sie meinen Antrag an, der die Schippel'sche Auffassung zurückweist, und antworten Sie dadurch Schippel mit denselben Worten, die er uns zugerufen hat:

„Fort mit dem Brei —
Ich brauch ihn nicht!
Aus Pappe schmied' ich kein Schwert!"

(Beifall. Unruhe.)

Baudert-Apolda: Ich hätte das Wort nicht ergriffen, wenn Geyer nicht in seiner Einleitung meinen Antrag von vorhin erwähnt hätte. Ich habe diesen Antrag durchaus nicht als Schildknappe Schippels gestellt. Ich bin nur der Ansicht, daß diese Debatte angesichts der sehr kurzen Zeit, die uns noch dafür zur Verfügung steht, nicht grundsätzlich zu Ende geführt werden kann. Was Geyer ausgeführt hat, ist niedergelegt in den Ausführungen Kautskys und Schoenlanks zum Erfurter Programm. Am interessantesten waren mir die Ausführungen Schippels. Ich bin ein geschworener Feind des heutigen Systems des Militarismus. Mir ist es aber vollständig gleich, wie einmal ein anderes System sich gestaltet, wenn es nur nicht volks- und kulturfeindlich wie das heutige, sondern volksfreundlich ist und die Freiheit des Volkes schützt.

Blume: Von den Genossen Adolf Hoffmann, Ledebour, Rosa Luxemburg und Klara Zetkin ist nachstehender Antrag eingegangen, den ich mit zur Diskussion stelle:

„Der Parteitag weist die vom Genossen Schippel in seinen Aufsätzen über den Militarismus geäußerte Auffassung mit aller Entschiedenheit zurück, da er in ihr einen Verstoß gegen die Grundsätze der sozialdemokratischen Partei erblickt."

Dr. **Schoenlank:** Es fällt mir nicht ein, mich in militär-technische Einzelheiten einzulassen. Es handelt sich bei der Frage: Miliz oder stehendes Heer einfach darum, was gelten soll, der Absolutismus oder das Volk. Der Militarismus ist das Mittel gewesen, durch das der Absolutismus zur Herrschaft gelangt ist; ohne Militarismus kein Absolutismus. Wo das Bürgerthum Energie gehabt hat, wo es reif geworden ist in der politischen Entwickelung, hat es den Kampf gegen den Absolutismus geführt durch den Kampf gegen den Militarismus; sehen Sie nach England. Brauchen wir denn den Absolutismus gegen einen äußeren Feind, zur Vertretung vaterländischer Interessen? Halten Sie das Volk dazu für unreif und unmündig? (Lebhafter Beifall.) Glauben Sie, daß es nicht aus eigener Kraft, ohne Absolutismus und stehendes Heer sich rüsten kann zur Rettung des Vaterlandes? Gewiß ist die Miliz in einen schlechten Ruf gekommen in der Militärkonfliktszeit, weil die Fortschrittspartei sich darauf versteifte, die Schweizer Miliz einzuführen. In unserem Pro-

gramm steht ja „Volkswehr". Was ist denn „Miliz"? Die allgemeine Volksbewaffnung durch den Willen des Volkes, nach den Beschlüssen des Volkes, unter Kontrole des Volkes. Und hier sehen wir, daß diejenigen, die den Militarismus vertreten, nicht in der Absicht, aber im Effekt als die Agenten der Kapitalistenklasse auftreten, die den Militarismus braucht zur Erhaltung ihrer Macht und zum Kampfe gegen das Proletariat. Da kommt die von Schippel, der eine Art Entlastungstheorie aufgestellt hat, so eingehend behandelte Kostenfrage weit weniger in Frage, als die Frage des Prinzips, des Systems, und wir haben nichts anderes, wenn wir die Partei des Proletariats bleiben wollen, als eine den Militarismus absolut ablehnende Haltung ohne jedes Zugeständniß, auch nur in dem geringsten Punkte, denn der Militarismus ist ein Hebel des persönlichen Regiments der herrschenden Klassen gegen die moderne Entwickelung, gegen den Fortschritt der Arbeiterklasse, die großen Tendenzen der Völkerverbrüderung, die wir vertreten. Wir haben umsomehr Grund, den Militarismus mit aller Energie wie bisher zu bekämpfen und uns nicht durch schöne Worte bethören zu lassen, weil es keine bürgerliche Partei mehr giebt, die den Militarismus grundsätzlich bekämpft. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die mit dem Schlagwort in den Kampf geht: Kampf gegen den Militarismus vom Scheitel bis zur Zehe! Wenn wir warten wollen, bis der Militarismus in die Volkswehr hineinwächst, dann können wir alt wie Methusalem werden und dann wird noch immer die herrschende Klasse das Heer nicht für das Volk, sondern gegen das Volk verwenden. (Sehr richtig!)

Wir wollen festhalten am Programmpunkt 3, aber auch daran, daß es nicht angeht, solche theoretische Spielereien zu machen, die blos den Gegnern eine Freude, der Bourgeoisie ein Entzücken sind. (Beifall.) Wenn es in irgend einer Zeit unangebracht ist, sei es, daß man nun als pseudonymer Isegrim oder als Schippel kommt, dann ist es diese, wo die Klassenkämpfe eine solche Schärfe angenommen haben, wo die Annahme der Zuchthausvorlage nicht mehr etwas Unwahrscheinliches ist, wo neue große Ausgaben für Militär und Flotte kommen. Da heißt es, mit der alten Entschlossenheit und Festigkeit auf der Schanze stehen. Fangen wir erst an, in solchen Dingen theoretische Erörterungen zu machen, dann kommt das dicke Ende nach: mit Erörterungen fängt man an und das andere folgt dann, das ein Hemmschuh werden wird für die siegreiche Entwickelung des Proletariats. (Widerspruch und Beifall.)

Auer: Nach und nach scheine ich zum schwarzen Mann für eine gewisse Richtung in der Partei zu werden. Es kann gar nichts mehr vorkommen, wobei mein Name nicht genannt wird. So werde ich auch in diese Angelegenheit hineingezogen unter der Beschuldigung, daß ich die sozialdemokratische Partei, der bisher anzugehören ich die Ehre habe, welche Zugehörigkeit aber, wie es scheint, ein großer Theil nicht mehr anerkennen will, von ihrem bisherigen Widerwillen gegen den Militarismus, von ihrer absoluten Feindschaft gegen diese Institution abbringen will. Ich muß gestehen, diese meine neue Schlechtigkeit ist mir sehr neu, aber ich tröste mich da mit jenem oberbayrischen Bauern, der, als er das L. S. unter einer amtlichen Bekanntmachung las, sich das übersetzte: Laß schwatzen! (Heiterkeit.) Geyer verwies zum Beweis meiner urreaktionären Entwickelung auf eine Rede, die ich am 8. Februar 1898 in diesem Saale gehalten habe, also nach dem Hamburger Parteitage. Ich sprach über den bevorstehenden Wahlkampf und kam bei dieser Gelegenheit u. a. auch auf die Kolonialpolitik und die damit verknüpfte Flottenvermehrung. Nach dem ausführlichen Bericht des hiesigen Parteiorgans sagte ich: „Hier kommen wir auf einen Einwurf unserer Gegner, welche uns sagen, daß die Sozialdemokraten eigentlich für die Flottenvorlage stimmen müßten, weil Tausende von Arbeitern dabei beschäftigt werden könnten; aber wäre es da nicht vernünftiger, wenn schon Geld und zwar Millionen verwendet werden sollen, angeblich um die

Arbeiter zu beschäftigen, dann solche Arbeiten zu verrichten, die dem gesammten Volke zu gute kommen? Wie viel Schulhäuser könnten nicht beispielsweise für die 300—400 Millionen gebaut werden, die für den Neubau für Schiffe verlangt werden?! Kommen doch in Deutschland durchschnittlich 60 Kinder auf einen Lehrer — in Preußen noch bedeutend mehr — aber nur 8 Soldaten auf einen Unteroffizier und 25 auf einen Offizier! Wenn das deutsche Volk so reich wäre, Hunderte von Millionen für Schiffe übrig zu haben, wie schön wäre es nicht, wenn dafür in Ostelbien nicht mit Stroh gedeckte Schulhäuser gebaut, oder Lungenheilanstalten errichtet würden, wie solche von den Aerzten dringend gefordert wird."

In dieser Art polemisierte ich weiter gegen die Flottenvermehrung und sagte dann: „In Anbetracht dieser Sachlage können wir nicht von unserem ablehnenden Standpunkt abgehen. Es kann Regierungen geben, denen wir überhaupt nichts bewilligen können." — Hier liegt offenbar ein Irrthum des Berichterstatters vor, dessen Arbeit sonst durchaus korrekt ist. Es kann nicht nur Regierungen geben, denen wir das Budget verweigern, sondern bisher hat es für uns andere überhaupt noch nicht gegeben. — Ich habe im Reichstage stets das Budget verweigert und werde dies auch in Zukunft thun, so lange wir uns in der Opposition befinden. Also, ich habe nach dem Bericht gesagt: „In Anbetracht dieser Sachlage können wir nicht von unserem ablehnenden Standpunkt abgehen. Der jetzigen und jeder späteren Regierung können wir überhaupt nichts bewilligen, so lange wir nicht als gleichberechtigter Faktor im öffentlichen und parlamentarischen Leben anerkannt werden. Wird die Arbeiterklasse als gleichberechtigt anerkannt, so wachsen damit die Aufgaben dieser Klasse und die Verantwortung, und es ist sehr wohl möglich, daß wir von dem Tage an, wo man die Arbeiter als gleichberechtigten Faktor ansieht, auch mit uns reden lassen über Flottenfragen. Zur Zeit müssen wir jeden Mann und jeden Groschen ablehnen."

Der Bericht giebt natürlich die Rede nicht wörtlich wieder. Ich habe ausgeführt, daß Aenderungen eintreten und daß wir auch mit der Möglichkeit rechnen müssen, einmal im Laufe der Zeit zur herrschenden Partei zu werden. Ich habe weiter gesagt, daß wir nicht auf dem Standpunkt stehen, daß überhaupt keine Schiffe nöthig sind. Nein, ich führte aus, daß wir sie dem heutigen System, der heutigen Regierung nicht bewilligen können. Jeder von uns wird doch die Post und die Eisenbahnen für absolut nothwendige, unentbehrliche Institute halten, und doch verweigern wir den Post- und Eisenbahn-Etat, eben weil wir der Regierung, zu der wir kein Vertrauen haben, die Mittel zum Regiment verweigern wollen. (Sehr richtig!) Dieser unser grundsätzlicher Standpunkt müßte doch endlich einmal auch in die Köpfe derjenigen hineingehen, die als Vertreter der angeblich alten Richtung jeden ans Kreuz zu nageln suchen, der einmal eine Ansicht ausspricht, die sie zu kapieren nicht im Stande sind. Der Bericht verzeichnet am Schluß lang anhaltenden, stürmischen Beifall. Nun, wenn ich Dinge gesagt hätte, deren sich die Partei zu schämen hätte, so wäre es doch eine Beleidigung für die Hannoverschen Genossen, wenn sie eine derartige Dummheit so belohnt hätten. Es muß doch um das Material zur Begründung der Geyer'schen Angriffe sehr schlecht stehen, daß er zu solchen Hilfsmitteln greifen mußte. (Beifall.)

Auf meine Hamburger „Steckenrede" will ich nicht eingehen. Wer sich darüber informieren will, lese sie im Hamburger Protokoll nach; er wird finden, daß alle Angriffe gegen mich nur resultiren können entweder aus mangelndem Verständniß oder aus mangelndem Willen, mir Gerechtigkeit angedeihen zu lassen.

Ich bin genöthigt, auch bei dieser Gelegenheit wieder auf das Blatt der Frau Zetkin einzugehen. Liebknecht hat in Hamburg folgende Erklärung

abgegeben: „Es scheint ja wirklich hier eine Stimmung unter vielen Genossen zu sein, als ob sich Schippel für die Bewilligung der Kanonen ausgesprochen hätte, als hätte er gesagt, daß er oder die Fraktion dafür zu stimmen bereit gewesen sei. Das ist nicht der Fall." So sprach Liebknecht sofort im Anschluß an die Verhandlungen. Unter dem frischen Eindruck derselben konstatiert er, dem doch ganz gewiß eine besondere Freundschaft für Schippel nicht nachgesagt werden kann: „Schippel hat nicht für Bewilligung der Kanonen gesprochen." Und was lesen wir nun in dem bereits von mir erwähnten Artikel der „Gleichheit": „In Hamburg befürworteten Schippel und Auer die Bewilligung von Kanonen im Namen der „nationalen Interessen". (Hört! hört!) Was soll man gegenüber dieser Art der Polemik, gegenüber diesen fortgesetzten Verdächtigungen eigentlich noch thun? Es ist hier wiederholt von zwei Richtungen gesprochen worden. Nun Genossen! Ich weiß nicht, ob das richtig ist. Wenn man aber bei der alten Richtung nur mehr gut angeschrieben ist, wenn man in solcher Weise mit der Wahrheit umgeht, dann gehöre ich mit Stolz zur neuen Richtung. (Lebhafter Beifall!)

Die Debatte wird hierauf vertagt, nachdem ein von Stolten-Hamburg begründeter, von Adolf Hoffmann-Berlin bekämpfter Schlußantrag abgelehnt worden ist.

Rosa Luxemburg bemerkt persönlich, daß sie von dem von Schippel zitirten Artikel der „Sächs. Arbeiterzeitung" heute zum ersten Male gehört habe: unter ihrer Redaktion sei er nicht erschienen.

Heine giebt zu Protokoll, daß er an der namentlichen Schlußabstimmung über die Bebel'sche Resolution infolge einer dringenden Abhaltung nicht habe theilnehmen können; er würde sonst für dieselbe gestimmt haben.

Schluß der Sitzung um 7¼ Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 14. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Blume.

Die Diskussion über Punkt 6 der Tagesordnung wird fortgesetzt.

Ein von Adolf Hoffmann-Berlin und Frau Zetkin-Stuttgart gestellter Antrag, der Parteitag möge Schippel die Mißbilligung aussprechen, weil er durch seinen Jsegrim-Artikel die Partei schwer beleidigt und in ihrem Ansehen geschädigt habe, findet nicht genügende Unterstützung.

Zubeil-Berlin: Parteigenossen! Schippel sagte gestern, es sei jedem, der Lust dazu gehabt habe, ein Leichtes gewesen, zu erfahren, wer hinter dem Pseudonym Jsegrim zu suchen wäre. Nun, nach meiner Kenntniß haben selbst ein paar Dutzend meiner engsten Fraktionskollegen nicht gewußt, daß der lammfromme Schippel sich bis zu einem solchen „isegrimschen" Menschen durchmausern konnte. (Heiterkeit.) Keiner von uns hat gewußt, daß hinter diesem Pseudonym unser Kollege Schippel steht. Da ist doch Heine ganz anders verfahren; er ist öffentlich aufgetreten und hat das, was er aussprach, mit seinem Namen gedeckt. (Sehr richtig!) Aber daß ein Genosse, der eine Vertrauensstellung in der Partei einnimmt, anderen Genossen pseudonym in den Rücken fällt, das habe ich in unserer Partei glücklicherweise noch nicht erlebt, und ich habe doch auch schon lange Jahre in unseren Reihen gekämpft. Dem Genossen Heine ist ja in Stuttgart der Text gelesen worden, über ihn will ich mich also nicht mehr aufhalten. Was aber Schippel betrifft, so kann ich nur sagen: Ich habe im vorigen Jahre, als uns die Flottenvorlage unterbreitet wurde, mir den bekannten Pastor Naumann angehört, und dieser hat alles das, was Schippel gestern ausgeführt hat, noch weit besser ausgeführt. (Sehr gut!) So gut, so gründlich, wie Pastor

Naumann, hat Schippel garnicht gesprochen. Ich behaupte: Wenn Schippel nicht unter einem Pseudonym geschrieben hätte, so hätte er überhaupt nicht schreiben können. (Sehr richtig!) Und kommt denn bei der Frage „Miliz oder stehendes Heer" nur der Geldpunkt in Betracht? Weiß Schippel denn nicht, daß das Geld erst in letzter Linie hier für uns bestimmend ist? Wer als junger Mann ins Heer eintritt, hinter wem sich einmal die Kasernenthore geschlossen haben, der findet mit eisernem Griffel eingeschrieben: Du hast jeden Befehl auf der Stelle ohne Widerrede, ohne eine Miene zu verziehen, zu erfüllen. (Sehr richtig!) Wir müssen die Blüthe der Nation schützen, sie muß der Produktion erhalten bleiben. Wir haben stets zur Genüge bewiesen, daß wir nicht ausschließlich nach den Kosten fragen. Ist Bebel nicht stets für die Beseitigung der Auswüchse des Militarismus eingetreten? (Sehr richtig.) Hat er nicht das warme Abendbrod stets für die Soldaten gefordert, das doch auch Geld kostet? Es ist Pflicht eines Sozialdemokraten, dafür zu sorgen, daß die jungen Leute, die ins Heer treten, dagegen geschützt werden, daß sie nicht zuviel Schaden an Leib und Seele leiden. (Beifall.)

Wir können nicht begreifen, wie Schippel dazu kommen konnte, einen derartigen Artikel zu schreiben. Wir haben ja den Genossen Schippel kennen gelernt. Einst war er, der Radikale, unsere Hoffnung (Heiterkeit), dann war er der geistige Jnspirator der Bewegung der Unabhängigen. (Sehr richtig!) Parteigenossen! Wer sich soweit durchgemausert hat, der mausert sich noch weiter. Naumann und Konsorten haben denn auch schon ihre hellste Freude an ihrem Zukunftsgenossen Schippel! (Heiterkeit.)

Wolfgang Heine: Parteigenossen! Ich will Ihnen nicht einen langen Vortrag über das Milizwesen halten, denn ich selber verstehe von der Sache nichts. Ich habe ja meine Militärzeit gedient, bin aber in meiner unteren Charge nicht in der Lage gewesen, so tief in die Geheimnisse der Kriegswissenschaft und der Heeresleitung einzudringen, um mir aus eigener Erfahrung ein praktisches Urtheil zu bilden. Ich habe zweitens auch diesen Sommer nicht Gelegenheit gehabt, die Schriften unserer Kriegstheoretiker Schippel und Kautsky zu lesen, weil ich mit der Zuchthausvorlage beschäftigt war; diese Sachverständigen müssen also die Sache unter sich ausmachen.

Gestern habe ich mich mit Erstaunen auch auf dem Armensünderbänkchen gefunden; beinahe wäre ich schon vorher abgereist gewesen. Nun könnte ich mich ja vielleicht auf den Standpunkt stellen, die ganze Sache ist voriges Jahr in Stuttgart schon abgehandelt und abgeurtheilt worden nach allen Regeln der Kunst. Als Rachegöttinnen sind mir ja da die Damen Luxemburg und Zetkin entgegengetreten und haben das Schwert der Justiz geschwungen und, wie wenigstens Frau Zetkin in der „Gleichheit" behauptet hat, haben sie auch einen vollen unbestrittenen Sieg errungen. (Heiterkeit.) Ich glaube, diese Diskussion in Stuttgart, der ich mit den Damen ausgesetzt war, wäre doch Strafe genug für mich gewesen. (Heiterkeit.) Aber wie lange soll die Geschichte weitergehen? (Sehr wahr!) Schließlich kann ich ja dem Referenten dankbar sein, daß ich Gelegenheit erhalten habe, noch einmal der Legendenbildung entgegenzutreten, gegen die ich mich schon in Stuttgart verwahren mußte. Trotz aller Erklärungen ist man in gewissen Organen und Versammlungen dabei geblieben: Der Heine hat Kanonen gegen Volksrechte geben wollen! Das ist richtig, aber es ist verschwiegen worden, daß ich hinzugesetzt habe: „Dieser Regierung und unter den heutigen Umständen nie einen Mann und einen Groschen" und daß wahrscheinlich auch für die nächsten Generationen nicht diese Lage eintreten werde. Und da dies verschwiegen wurde, da war natürlich in der Partei der jüngste Dachs klug genug, über dieses dumme Luder von einem Reichstags-Abgeordneten seine Witze zu machen, der nicht einmal weiß, daß man Kanonen auch gegen das Volk gebrauchen könne. Da haben wir immer diese Roulade gehabt: Heine-Schippel-

Auer-Vollmar oder Schippel-Auer-Bernstein-Heine u. s. w. (Heiterkeit), mit Varianten, die mich an das Lied erinnerten: Wenn der Mops mit der Wurst über den Rinnstein springt! (Heiterkeit.) Nur bin ich ja damit als Jüngster und Unerfahrenster in gute Gesellschaft gerathen.

Der Referent ist durch loyale Verlesung dessen, was ich gesagt habe, der Legendenbildung entgegengetreten. Bei der Stelle: Kanonen gegen Volksrechte, rief jemand: Hört! hört! Warum hat denn dieser Herr mit dem großen Stimmorgan nicht hört! hört! gerufen, als ich dann die Zusätze machte, auf die es ankommt, daß man nichts bewilligen dürfe, was unserem Ziele, der Fortbildung des heutigen Armeesystems zur Volksbewaffnung und zur Miliz, entgegenwirken würde, und alle meine weiteren Ausführungen, die, ich denke, deutlich genug waren, so z. B., daß ich nur eine solche Kompensationspolitik für zulässig erklärte, bei der es ausgeschlossen ist, daß sie zum Verrath der Prinzipien und Ideale wird. Da war er still, da hat er nicht hört! hört! gerufen (hört! hört!) und in dieser einseitigen Betonung der einen Stelle sehe ich wieder den Versuch dieses guten Freundes, die Legendenbildung fortzusetzen. Auf die Frage der Kompensationspolitik gehe ich nicht ein, die hat mit der heutigen Debatte garnichts zu thun. Kompensationspolitik können wir auf allen Gebieten treiben, thun es auch; wir haben gestern eine Resolution angenommen, die das sanktionirt. (Sehr gut.)

In der eigentlichen Militärfrage theile ich in allen Punkten die Ansichten des Parteiprogramms, nur meine ich, daß es auch indifferente Militärausgaben gäbe, die in Zukunft unter gewissen Umständen wohl von uns zu Kompensationen benutzt werden könnten. Darin werden Viele anderer Ansicht sein, es ist aber heut ein ganz akademischer Streit; wer Recht hat, kann allein die Zukunft lehren.

Nun hat Frau Rosa Luxemburg gesagt — ach, ich will diesen Punkt streichen; es lohnt sich nicht!

Es ist die Frage aufgeworfen: wenn die Frage akademisch ist, weshalb hast Du sie erörtert? (Sehr richtig!) Ich gebe durchaus zu, es war eine völlig unnöthige Erörterung in jener Versammlung (hört, hört!), und ich selber würde ein Tadelsvotum gegen mich beantragen, wenn ich sie muthwillig oder auch nur aus Ungeschick angeregt hätte. Aber auch darüber giebt meine Rede Auskunft: „Ich habe mich nur dagegen wenden wollen, daß man grundsätzlich eine solche Politik für unzulässig erklärt und bei jeder Andeutung einer solchen Möglichkeit über Prinzipienverrath schreit.“ Und da muß ich Ihnen erzählen, wie ich zu der Sache gekommen bin. Man bot mir die Kandidatur im dritten Berliner Reichstags-Wahlkreise an; es kamen einige Delegirte der Genossen und schlugen sie mir vor. Ich hatte zwei Tage vorher in den Zeitungen die Rede gelesen, die in einer Versammlung dieses Wahlkreises aus Anlaß der Hamburger Diskussion in einer höchst unangemessenen Form Auer angriff. Ich kannte die Verhältnisse im dritten Wahlkreise nicht und glaubte, der betreffende Herr drückte die Stimmung der Genossen aus; und als die Genossen zu mir kamen, da sagte ich: „Nein, ich bin nicht Euer Mann. Das und das hat in den Zeitungen gestanden, und ich muß Euch sagen, daß ich vollständig Auer zustimme. Außerdem ist dieser persönlich gehässige Ton mir so zuwider, daß ich glaube, wir werden uns nicht miteinander vertragen.“ Ich habe ihnen aber auch gesagt, warum ich dem Auer'schen Standpunkt nahe stehe. Und Vertrauen gegen Vertrauen, habe ich ihnen unter vier Augen meine Meinung über einige Punkte gesagt, damit wir uns gegenseitig kennen lernen. Deswegen wird mich kein Mensch tadeln. Es vergingen Monate, ich erfuhr, daß man von meiner Kandidatur absehe, und keiner war froher als ich; denn ich hasse solche Erörterungen, die zu garnichts führen. Dann wurde mir mitgetheilt, daß ich kandidiren solle. Kein Mensch hatte gewußt, daß plötzlich der Versuch gemacht worden sei, einen Gewissensschärfer der Partei mir entgegenzustellen und meiner Kandidatur ein Bein zu stellen. Hätte ich das gewußt, dann hätte ich gesagt: bitte, wenn Ihr nicht einig seid, dann danke ich dafür!

Nun wurde die Frage an mich gerichtet, wie ich zum Militarismus stehe. Was hatte diese Frage für einen Zweck? Der Fraktionsgenosse, der sie stellte, kannte meine Stellung. Er fragte also nicht aus Wißbegier, sondern um mir ein Bein zu stellen (Zuruf: Und selbst gewählt zu werden!) — nein, bitte, es war nicht mein Gegenkandidat Ledebour, und ich weiß auch nicht, ob er die Hand mit im Spiele hatte. Nun will ich den Genossen — und darauf bitte ich ganz genau zu achten — durchaus nicht das Recht bestreiten, solche Fragen an die Kandidaten zu stellen; wo kämen wir hin, wenn wir sie nicht auf Herz und Nieren prüfen wollten. Aber das muß ich doch sagen: wer die Frage unter solchen Umständen und an solchem Orte stellt, übernimmt dann auch die Verantwortung für die Folgen. (Sehr richtig!) Denn daß, wenn gefragt wird, auch geantwortet werden muß, ist selbstverständlich. Also, wenn diese durchaus unnütze Diskussion in die Wege geleitet ist, trage nicht ich die Schuld. Der Fragesteller hat sein Recht ausgeübt; aber wenn das für die Partei schädlich ist, weshalb schwieg er nicht? Ich hätte ja allerdings erklären können: auf eine solche Frage antworte ich nicht, die Diskussion ist schädlich, deshalb trete ich von der Kandidatur zurück! Das wäre rücksichtslos gegen die Mehrheit der Genossen des Wahlkreises gewesen, die mich aufgestellt hatten, und dann, in welches Licht wäre ich gekommen! Da mußten doch die Leute sagen: was muß der Heine für Ansichten haben, daß er es nicht wagt, sie laut werden zu lassen! (Sehr richtig!) Und darüber brauche ich nicht erst zu reden: Lügen oder Vertuschen oder Verschleiern ist bei mir vollkommen ausgeschlossen, was ich gesagt habe, habe ich gesagt und dazu bekenne ich mich! (Beifall.) Und wenn in der Zeitung von mir gestanden hat: Das ist immer die Manier, hinterher zu rufen, man sei mißverstanden worden — so sage ich: nein, ich bin nicht mißverstanden worden; wogegen ich mich verwahrt habe, sind geflissentliche Verdrehungen und Unterstellungen, wie sie von gewisser Seite erfolgt sind, und dagegen verwahre ich mich auch heute.

Ich habe also meine Meinung gesagt, und die Genossen des dritten Wahlkreises haben mich nicht mißverstanden; mit ungeheurer Majorität wurde meine Kandidatur beschlossen. Mir wäre es ebenso lieb gewesen, wenn es nicht der Fall gewesen wäre. Ich hatte noch an dem Abend Ledebour versprochen: wenn Sie aufgestellt werden, bin ich der eifrigste, der für Ihre Kandidatur wirkt; er versprach es mir auch. (Große Heiterkeit.)

Ich rekapitulire Folgendes: Entstanden ist diese ganze Erörterung dadurch, daß ich unter vier Augen zu den Genossen, die mir ihr Vertrauen schenkten, vertrauliche Aeußerungen gethan habe, die entsprungen sind dem Grimm über die Intoleranz und die Hetze, die hier in der Partei bei jeder Gelegenheit getrieben wird, wenn Einer einmal etwas sagt, was einem wider die Schnur ist, in specie der Empörung über die Hetze gegen Auer. Als dann die Frage kam, da wußte ich, daß ich sofort eine eben solche Hetze gegen mich entfesselte. Indessen ich habe mir gesagt: Es giebt Leute, die bedürfen der Entrüstung als einer nöthwendigen Motion für ihre Verdauung und ihr persönliches Wohlbefinden. (Heiterkeit.) Aber von den Vertretern der Gesammtpartei verlange und erwarte ich, daß sie dafür sorgen, daß diese Hetze jetzt endlich zur Ruhe kommt (lebhafte Zustimmung) und daß sie mich beurtheilen nach meinen Leistungen für die Partei, zu denen ich ja bisher freilich wenig Gelegenheit gehabt habe. Ich verlange ja keine Resolution; aber geben Sie dem endlich einmal Ausdruck, daß diese Art und Weise, wie diese geist- und gedankenlose Hetze immer weiter geht, rein aus Freude am Skandal, ein Ende nimmt; sagen Sie es mit der nöthigen Deutlichkeit. Es ist im Interesse der Gesammtpartei, Denen, die es angeht, die Wege zu weisen. (Lebhafter Beifall.)

Ledebour: Zu meinem großen Bedauern hat Genosse Heine genau so wie vorher diejenigen, die mit ihm sind, abermals den Ton der persönlichen

Insinuation und Beleidigung angeschlagen. (Unruhe.) Ich konstatire zunächst, daß er um das Doppelte die Redezeit überschritten hat. Ich bin gleichfalls zu längeren Ausführungen genöthigt. Heine hat den Eindruck hervorzurufen verstanden, als hätte ich ihm einen schönen Streich gespielt und Knüppel zwischen die Beine geworfen. Ich habe in jener Versammlung des dritten Wahlkreises erklärt, daß ich jeden Kandidaten unterstützen würde, der hier aufgestellt werde. Es war noch ein dritter Kandidat, Börner, vorhanden. Und ein Anhänger Börners, nicht ein Freund von mir, hat die betreffende Frage an Heine gestellt Heine hat aber auch hier wieder die versteckte Insinuation ausgesprochen und so geredet, daß es herausklang, als ob ich die Hand im Spiele hatte. Ich habe mein Versprechen gehalten. Ich habe in der ersten Wählerversammlung das Referat übernommen, und der Vertrauensmann des dritten Wahlkreises hat mir selber erklärt, er hätte nicht geglaubt, daß ich das Referat übernehmen würde. Ich habe in diesem Referat jedwede Berührung der Frage vermieden und nicht im geringsten irgend eine Meinungsdifferenz zwischen uns betont. Heine selber hat in der Diskussion ausdrücklich erklärt, er sei mit Allem einverstanden, was ich gesagt habe. (Hört! Hört!) Hier aber sagt er in einer ironischen Wendung, ich hätte mein Versprechen nicht gehalten. Es ist schlimm genug, daß man sich gegen solche versteckten Insinuationen wenden muß. (Oh! Oh!) Wenn jener Parteigenosse im dritten Wahlkreise die Frage an Heine gerichtet hat, so war es sein gutes Recht. (Unruhe. Rufe: Zur Sache! Zur Sache!) Heine hat das hier vorgebracht; soll es mir da unterbunden werden, darauf einzugehen? Die Parteigenossen müssen wissen, wie der Kandidat über alle wichtigen Fragen denkt. (Sehr richtig!) Es ist eine direkte Verkennung des Verhältnisses, in dem der Kandidat den Wählern gegenüber steht, wenn Heine sich beschwere fühlt, daß solche Fragen an ihn gestellt worden sind. Ich muß das Urtheil darüber der Versammlung überlassen. (Unruhe.) Eine solche niedrige Art und Weise, wie Heine hier polemisirt hat, wie er von „Mops" und „Spucknapf" geredet hat, hat noch Niemand hier vorgebracht. (Große Unruhe.) Schippel hat gestern hier die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" und einen Artikel daraus erwähnt. Ich muß mich schuldig bekennen, daß ich mich auch einen Augenblick habe täuschen lassen und geglaubt habe, Schippel habe wirklich den Beweis geliefert, den er liefern wollte. Er hatte darauf hingewiesen, daß das allgemeine Stimmrecht als Korrelat die allgemeine Wehrpflicht fordere. Daraus schließt er dann, daß auch die Frauen zur Landesvertheidigung verpflichtet sein müßten. Dann erregte er damit die Heiterkeit, die er zum Beweise dafür, daß solche Schlußfolgerungen wirklich gezogen sind, aus der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" — er sprach von unserem revolutionären Organ — eine Stelle anführte, die das beweisen sollte. Da dieses Zitat aus einer Zeit stammt, wo ich noch nicht Redakteur der Zeitung war, und ich deshalb die Stelle nicht kannte, ließ ich mich dazu verleiten, zu glauben, daß sie wirklich das beweise, was Schippel damit beweisen wollte, daß nämlich darin die Anregung enthalten sei, auch die Frauen zur Landesvertheidigung zu verpflichten. Das wäre natürlich ein Unsinn und ich verwahrte mich durch einen Zwischenruf dagegen, solche Ansichten zu theilen. Nach Einsicht in das Zitat sah ich, daß es ganz etwas Anderes sagte, nämlich weiter nichts, als daß sich auch junge Mädchen in den Waffen üben könnten. Das ist etwas ganz anderes als ihnen die Landesvertheidigungs-Pflicht aufzuerlegen. (Sehr richtig!)

Ich komme nun zu anderen Ausführungen Schippels. Seine ganze Taktik war, den Glauben zu erwecken, daß das, was er ausgeführt hatte, thatsächlich den augenblicklichen Anschauungen der Partei entspreche. Nichts ist unrichtiger als gerade das. (Sehr richtig!) Es hat in seiner Rede vielmehr den Beweis geliefert, wie vollständig er abgewichen ist von den An-

schauungen und Empfindungen der Partei. (Sehr richtig!) Als er von Angriffskriegen sprach, da gerieth er bei der Schilderung der Gefahren, die dem deutschen Volke drohen, in eine so warme Begeisterung, daß ich unwillkürlich erinnert wurde an die Septemberflugblätter. Es fehlte nur noch der Kosak, der die letzte Kuh aus dem Stall herausgeführt, und der Zuave, der das Kind aufspießt. (Sehr richtig! Unruhe.) Das war die Stimmung, die die Schippel'sche Rede beherrscht. Als Beweis dafür, wie es mit Angriffskriegen steht, weise ich auf Transvaal hin. Niemand wird im Zweifel sein, daß es seit Menschengedenken keinen brutaleren und empörenderen Angriffskrieg gegeben hat, als dieser Krieg der Engländer gegen die Boeren. (Sehr richtig!) Taktisch genommen, handelt es sich aber um einen Angriffskrieg der Boeren gegen die Engländer; die Boeren haben auch den Krieg erklärt, während sie in Wirklichkeit die Angegriffenen sind. Weiter aber wird dort unten der Beweis geliefert, daß auch ein Milizheer zum Angriffskriege übergehen kann. Und im Boerenkriege wird sich ja auch zeigen, wie sich Miliztruppen zu schlagen verstehen. Schippel suchte zu beweisen, daß seine Anschauungen immer schon in der Partei vertreten worden seien. Da kann ich ihm einen Gegenzeugen aufweisen, Richard Fischer, der im zweiten Wahlkreise gesagt hat: Jawohl, was Schippel gesagt hat, sind neue Ideen, woran sich die Partei ebenso gewöhnen wird, wie an die Betheiligung bei den preußischen Landtagswahlen.

Bebel: In seiner Rede hat Geyer Schippel dahin apostrophirt, daß er sagte: Wenn ich — Geyer — in einer so beleidigenden und herabsetzenden Weise mich über die Gesammtpartei ausgesprochen hätte, wie Sie es in Ihrem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" gethan, so würde ich — Geyer — mich fragen, ob ich noch ferner einer solchen Partei angehören könne. Darauf hat Schippel erklärt, es sei unwahr, daß er die Partei angegriffen habe, er habe nur einen Schriftsteller der Partei angegriffen. Insoweit Schippel behauptet, er habe die Partei nicht angegriffen, ist diese Erklärung eine Unwahrheit. Ich erlaube mir, Ihnen kurz den betreffenden Satz vorzulesen, weil auch das charakteristisch ist für die Kampfesweise Schippels in einem Moment, wo er wahrhaftig alles Andere thun sollte, als mit eherner Stirn hier aufzutreten. Es heißt in dem Artikel: „In ihrer allgemeinen Auffassung des Militarismus — ich spreche nicht von parlamentarischer und agitatorischer Bekämpfung konkreter militärischer Forderungen — hat die Sozialdemokratie noch immer sehr viel Aehnlichkeit mit jenen sonderbaren Schwärmern, die mit einem Male entdeckt haben, daß an Stelle des wilden verrohenden Fleischgenusses der Vergangenheit in Zukunft die zahme vegetabilische Breinahrung den Menschen nicht blos körperlich erhalten, sondern auch in jeder Beziehung veredeln müsse — oder die alle medizinischen Greuel und Scheuel in endlos rieselndem Wasser zu ersäufen trachten, die im Impfzwang den Ruin der Völker sehen, in denen selbst Bacchus und Gambrinus nur giftmischerische Scheusale sind. Hier wie dort dieselbe verblüffende Kritiklosigkeit, aber auch derselbe heilige Eifer, halbwahre und halbverdaute Schlagworte sofort zu einem System aufzubauen, das alle Wahrheit umschließt und alles Heil bringt, und gegen das nur unverbesserliche Barbaren und Schwachköpfe ankämpfen können."

So lange ich denken kann, ist niemals von einem innerhalb einer Partei stehenden Manne eine solche Schmähung und Beleidigung gegen die Gesammtpartei in einer bestimmten Frage ausgesprochen. (Sehr wahr!) Wie die Partei darüber denkt, das ist ihre Sache. Weiter hat Schippel auch gegen einen Parteischriftsteller einen Angriff gerichtet. Er schreibt: „Hier wie dort derselbe Glaube an die gravirenden „Fälle", mit denen alles Wissen und Können der Gegner ein für allemal vor dem höchsten Richterstuhl der Vernunft und der Geschichte zermalmend verurtheilt ist. Selbst der Ton, in dem die neue Auflage des alten Bürgergardisten-Ideals vom militärischen Fachmann spricht, könne gewöhnlich kaum

überboten werden durch die Mischung von gnädiger moralischer Herablassung und vernichtender geistiger Ueberlegenheit, mit der der rosig verklärte Wasserapostel das finstere Scheusal von ärztlichem Fachmann in die Wolfsschlucht hinabschleudert." Dieser Artikel ist pseudonym erschienen, Schippel hat nicht gewagt, seinen Namen darunter zu setzen, und Zubeil hat mit Recht betont, daß er unter seinem Namen den Artikel garnicht hätte schreiben können, weil er gewiß war, daß derselbe einen Sturm der Entrüstung hervorrufen würde. Die Sache ist in der Fraktion zur Sprache gekommen, Schippel hat zugegeben, daß ich mit dem Parteischriftsteller gemeint war, aber er hat in der Oeffentlichkeit kein Wort der Entschuldigung gehabt, um diese schmählichen und erbärmlichen Beleidigungen gegen mich zurückzunehmen. Mehr noch! Gestern, als ihn Geyer auf diese Art der gemeinen Ausdrucksweise festnagelte, da ist er — was er doch thun müßte, wenn er auch nur einen Funken Ehrgefühl im Leib hätte — nicht dazu übergegangen, sich wegen der Form zu entschuldigen, sondern er hat gesagt: Es ist wahr, daß ich in diesem Ton geschrieben habe, aber das gehört ja bei uns zum täglichen Brod, das ist bei uns Gewohnheit. Eine solche Behauptung, die abermals wieder eine schwere Beleidigung der Partei ist, ist mir noch niemals vorgekommen. Nachdem ich Ihnen gesagt habe, was das für ein Mann ist, der mich in so herabwürdigender Weise angreift, werden Sie es verständlich finden, daß ich für einen solchen Menschen nichts als tiefste Verachtung empfinde. (Unruhe.) Schippel sagt, jeder Fraktionskollege habe gewußt, wer hinter dieser Pseudonymität stecke. Zubeil hat schon nachgewiesen, daß das unrichtig ist. Ich selbst hatte einen anderen Berliner Fraktionskollegen, der ebenfalls hier in die Debatte gezogen ist, in Verdacht, der Attentäter zu sein. Ich habe Kautsky gegenüber einen Verdacht geäußert. Der aber sagte: das ist der ganzen Form des Artikels nach völlig ausgeschlossen. Am nächsten Tage kam dann Kautsky und sagte: Jetzt weiß ichs, Mehring hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß es Schippel ist. Selbst die „Soziale Praxis" hat erklärt, dies sei der schwerste und unerhörteste Angriff, der je innerhalb der Partei gegen die Partei laut geworden sei. Nun, die moralische Beurtheilung eines solchen Mannes, der so verfährt wie Schippel, überlasse ich ruhig der Oeffentlichkeit.

Schippel hat ferner, wie Geyer nachgewiesen, insofern eine Fälschung begangen, als er die entscheidenden Stellen von Engels unterschlug. Jeder Andere, dem ein so schwerer Vorwurf gemacht wird, hätte nachzuweisen versucht, daß man ihm unrecht thut. Schippel hat im Gegentheil nach der Natur des Tintenfisches es vorgezogen, möglichst viel trübes Wasser darum zu machen. Um um die Sache herumzukommen, hat er uns erzählt, was für tiefe Studien er gemacht habe, den Vorwurf der Fälschung aber hat er nicht zurückgewiesen. Kautsky hat in der „Neuen Zeit" so konkludent nachgewiesen, daß Schippel auch an anderer Stelle den todten Engels zu dessen Schaden mißbraucht habe, daß ich überhaupt nicht begreife, wie Schippel noch Kautsky gegenübertreten kann, ohne roth zu werden. (Unruhe.) In diesem Jahre ist Schippel dreimal nachgewiesen, daß er tendenziöser Weise falsch zitirt. In Stuttgart hat er uns erzählt, daß Engels Anhänger des Schutzzolls war. Kautsky hat ihm nachgewiesen, daß das gerade Gegentheil der Fall ist. Die zweite Fälschung beging er in der Milizfrage, und die dritte Mehring gegenüber in der Frage des Koalitionsrechts. Er führte, um Mehring zu widerlegen, Zitate aus dessen Parteigeschichte auf, und Mehring bewies, daß die Zitate gefälscht waren. Es war nöthig, dies einmal zur Charakterisirung der Kampfesweise von Schippel anzuführen. Und die 13jährige Zugehörigkeit Schippels zur Partei giebt noch mehr als ein Beispiel dafür.

Nun zu den sachlichen Ausführungen. Nachdem Heine heute wiederholt in der nachdrücklichsten Weise erklärt hat, daß er auf dem Boden unseres

Programms steht, daß er die Miliz für nothwendig, die Jugenderziehung zur Wehrpflicht für vortrefflich hält und daß im Uebrigen die seiner Zeit gepflogenen Erörterungen mehr auf Ungeschicklichkeit als auf böser Absicht bestanden haben, da wäre es doch im höchsten Grade illoyal, wollte man auch nur noch ein Wort gegen Heine in Bezug auf seine prinzipielle Haltung zur Militärfrage sagen. (Sehr richtig.) Selbst bei den verbissensten Gegnern herrscht heute kein Zweifel mehr darüber, daß er auf dem Boden unseres Programms steht. Anders mit Schippel. Er hat ja gestern in einer mich überraschenden Deutlichkeit selbst erklärt, daß er nicht auf dem Boden von Punkt 3 des Programms steht, er hat das Milizsystem als eine Art Vogelscheuche dargestellt, als etwas Unausführbares. Er hat nachzuweisen gesucht, daß Milizheere zur Vertheidigung des Vaterlandes nicht ausreichen; da wir aber auch das Vaterland vertheidigen wollen, so hätte er ganz logisch folgern müssen: Wenn von unserm Standpunkt aus die Vertheidigung des Vaterlandes nur noch in der Form der stehenden Heere stattfinden kann, so müssen wir logisch für alle Militärforderungen stimmen, die mit dem Hinweis darauf begründet werden, daß die Vertheidigung des Vaterlandes es möglich macht. Das ist doch so logisch wie etwas.

Ich bin leider bei der Kürze der Zeit außer stande, auf die falsche Darstellung Schippels über das Milizsystem einzugehen. Niemand in der Partei hat doch bisher die Absicht gehabt, das schweizerische Milizsystem zu akzeptiren. (Sehr richtig!) Aber das Wesen der Miliz haben wir anerkannt. Wir fordern das Milizsystem vom Klassenkampfstandpunkt, vom demokratischen Standpunkt aus. (Sehr richtig!) Es wäre, wenn wir ein wirklich demokratisches Heerwesen hätten, in Deutschland ganz unmöglich, daß eine Umsturzvorlage, eine Zuchthausvorlage, Wahlentrechtungen, Staatsstreichdrohungen kämen. (Sehr richtig!) Das Volk mit der Waffe in der Hand wäre sein eigener Herr, und wollte man es wagen, ihm, um den Ausdruck zu gebrauchen, seine angeborenen Rechte zu nehmen, so würde es mit der in seiner Hand befindlichen Waffe die Antwort geben. Dann wäre es nicht möglich, daß, wie es in der Resolution heißt, „das stehende Heerwesen nach seiner ganzen Entwickelung und Organisation das vornehmste Machtmittel zur Aufrechterhaltung und Befestigung der Klassenherrschaft ist; eine Hauptstütze für alle volks- und arbeiterfeindlichen Bestrebungen; eine Einrichtung, die nur durch die schweren, stets wachsenden und ungerecht vertheilten Opfer an Gut und Blut möglich ist, welche die herrschende Gesellschaft besonders den arbeitenden Klassen auferlegt." (Sehr richtig!)

Dieser einzig richtige demokratisch-sozialistische Standpunkt, den wir als Klassenpartei dem Milizsystem gegenüber einnehmen müssen, hat in den ganzen Ausführungen und in der Rede Schippels keine Rolle gespielt, und er hat ihn mit vollem Recht beiseite gelassen, weil er nur mit Beiseitesetzung dieses Gesichtspunktes dafür eintreten konnte, daß einzig und allein auf dem Boden der bestehenden Heeresverfassung die Durchführung der Vertheidigung des Vaterlandes möglich ist. Die Logik ist also: Wir sollen an unsere Feinde die unsinnige Zumuthung stellen, die Armee in dem Sinne zu reformiren, daß sie aus einem Werkzeug für sie ein Werkzeug gegen sie werden soll! (Glocke des Präsidenten. Die Redezeit ist abgelaufen.) Also nach diesen Ausführungen ist in Bezug auf Schippels Stellung zu Punkt 3 des Programms kein Zweifel mehr möglich. (Beifall.)

Es liegen sechs Anträge auf Schluß der Debatte vor.

Adolf Hoffmann-Berlin bittet, den Schluß der Debatte abzulehnen, damit noch Kautsky zu Worte komme. Er selbst habe Kautsky seinen Platz in der Rednerliste eingeräumt.

Die Debatte wird geschlossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Wurm-Berlin: Schippel hat gesagt, ich hätte auf dem vorigen Parteitag als Referent mit meinen Ausführungen Unglück gehabt, insofern als ich für das Milizsystem eintrat und der Antrag David im Gegensatz dazu zur Annahme gelangte. Das ist unrichtig. Der Antrag ist nicht angenommen, sondern der Fraktion als Material überwiesen worden. Sie wissen ja, was für ein bedeutender Unterschied dazwischen ist, ob ein Antrag angenommen oder der Fraktion als Material überwiesen wird.

Kautsky: Schippel hat gestern die Miene des gekränkten Biedermannes angenommen, der von mir in der abscheulichsten Weise angegriffen ist. Er hat sich über meinen Ton ihm gegenüber und auch darüber beschwert, daß ich, der Ignorant, in einer Frage, von der ich gar nichts verstehe, gegen ihn, der die Sachen gründlich studirt hat, das Wort ergriffen habe. Bebel hat ja bereits darauf hingewiesen, wie recht ich hatte, in der Polemik gegen Schippel die schärfsten Töne anzuwenden, die überhaupt anzuwenden sind. Schippel hat sich über den Ton beschwert. Aber wenn ich friedlich meines Weges gehe und ein Lümmel attackirt mich und ich erwidere den Schlag, ist dann mein Schlag ebenso zu betrachten, wie der des Angreifers? Nein, der Schlag des Angreifers ist ein Bubenstreich, und mein Schlag ist eine nothwendige und gerechte Abwehr. (Sehr richtig!) Daß Schippel ohne jede Veranlassung uns attackirt, daß er die Genossen als einen Haufen von Narren hingestellt, sie diskreditirt hat, daß er dahinter nur hinterlistige versteckte Angriffe verborgen hat gegen den Genossen, der im Reichstage bei allen Kämpfen gegen den Militarismus im Vordergrunde steht, und daß er dabei zu Fälschungen griff, das hat schon Bebel nachgewiesen. Wenn ich das Wort in dieser Frage ergriff, so konnte ich nur die Töne wählen, die ich gewählt habe. Aber hatte ich denn überhaupt das Recht, zu antworten? Schippel sagt ja, ich verstehe nichts davon, ich kann nicht einmal das Abc. Nun, ich muß allerdings zu meiner Schande gestehen, daß ich nicht aus einer Kadettenanstalt oder Offiziersschule stamme und daß ich noch nicht einen systematischen Militärkursus absolvirt habe. Aber ich habe das Glück gehabt, jahrelang im intimsten Verkehr mit Friedrich Engels zu stehen, von dem ja gerade Schippel behauptet, daß er eine Autorität in kriegswissenschaftlichen Fragen gewesen ist. Engels hat wenig über diese Frage geschrieben, aber in Privatgesprächen liebte er es, gerade darüber zu sprechen. Ich habe seine Ansichten über diesen Punkt kennen gelernt. Wenn es also nothwendig ist, daß man einen kriegswissenschaftlichen Kursus absolvirt hat, so kann ich auf den Kursus verweisen, den ich bei Engels durchgemacht habe. Schippel hat auch durch ein Zitat nachzuweisen gesucht, was für ein Ignorant ich sei. Er sagt, ich hätte erklärt, die Miliz fange bei der einjährigen Dienstzeit an. Das habe nicht ich erklärt, sondern Friedrich Engels. Wenn also der, der das behauptet hat, ein Ignorant ist, so war Friedrich Engels ein Ignorant.

Derselbe Schippel, der mich der Ignoranz beschuldigt hat, hat das „Volksversammlungs-Schlagwort": „Jeder Mann behält seine Waffe" als Lächerlichkeit hingestellt. Dieser große Kriegsgelehrte weiß also nicht, daß das in der Schweiz schon längst durchgeführt ist, und zwar in einer Weise, deren Wirksamkeit von Niemandem mehr bestritten wird. Schippel hat also hier etwas behauptet, was geradezu lächerlich ist. Ich gebe zu, daß ich nicht das Recht gehabt hätte, in einer kriegswissenschaftlichen Frage das Wort zu ergreifen. Aber handelte es sich denn in jenem Artikel von Schippel um eine kriegswissenschaftliche Frage? Nein, der Artikel handelte davon, ob Engels milizgläubisch war, und darüber zu urtheilen bin ich mindestens so kompetent wie Schippel. Wenn dennoch Schippel behauptet, ich sei so leichtfertig, über Dinge zu sprechen, von denen ich nichts verstehe, so gehört dazu eine geradezu

eiserne Stirn. Ich habe in meinen Artikeln die schärfsten Töne angeschlagen, aber ich halte Alles vollkommen aufrecht.

Stubbe-Eimsbüttel: Schippel ist auf meine Rede in Eimsbüttel zu sprechen gekommen und hat dieselbe entstellt wiedergegeben. Ich habe da nichts von einem „gegnerischen Blatt" gesagt. (Schippel: Habe ich auch nicht behauptet.)

David: Sowohl die Darstellung Schippels als die Wurms über das Schicksal meines Antrages sind unrichtig. Der Antrag ist der Fraktion zur Erwägung überwiesen. Damit hat der Parteitag anerkannt, daß ein berechtigter Kern darin liegt. Daß ihn der Vorstand auch erwogen hat, geht ja aus dem Bericht des Vorstandes hervor.

Frau **Zetkin:** So energisch ich neulich den Vorwurf zurückgewiesen habe, als hätte ich den Ausschluß von Genossen befürwortet, so bereit bin ich, einzugestehen, daß ich in dem Satz, den Auer jetzt gegen mich zitirt hat, unrecht gehabt hat. Die Fassung giebt meine Gedanken nicht richtig wieder. Ich war infolge eines Augenleidens gezwungen, zu diktiren, daran bin ich nicht gewöhnt, und so ist mir der Lapsus unterlaufen. Hätte Auer in der ihm eigenen Art mir geschrieben: „Du hast da eine Eselei oder eine Perfidie verübt", so wäre ich die erste gewesen, die die Behauptung richtig gestellt hätte. Um aber zu zeigen, daß ich keineswegs das feige, hinterlistige Frauenzimmer bin, das zu demaskiren Genosse Auer als eine der wichtigsten Aufgaben des Parteitages zu betrachten scheint, so erkläre ich noch ausdrücklich Folgendes: Meiner Auffassung muß der von Schippel und Auer in Hamburg eingenommene Standpunkt die Konsequenz nach sich ziehen, für die Bewilligung von Kanonen einzutreten. Das wollte ich auch in dem betreffenden Satze der „Gleichheit" sagen. Schippel hat uns aufgefordert, wir sollten doch endlich lernen, ernste Fragen ernst zu behandeln. Nun, meiner Ansicht nach ist Schippel die ungeeignetste Persönlichkeit, diesen Rath auszusprechen. Ich erinnere nur an die Erklärung, durch welche er seine Schwenkung in der Agrarfrage zu entschuldigen suchte. Als er in der Agrarfrage gleichsam im Handumdrehen seinen Standpunkt geändert hatte, aus einem der Mitverfasser und Befürworter des aufgestellten Agrarprogramms zu dessen Gegner geworden war, antwortete er auf Bebels Angriffe: Genossen, ich muß Ihnen sagen, daß ich die Sache gar nicht recht ernst genommen habe. (Beifall.)

Auer: Nach der Erklärung der Genossin Zetkin haben meine Angriffe ihren Untergrund verloren. Ich kann nur bedauern, daß es auch in diesem Jahre durch die bekannten „Mißverständnisse" wieder zu solchen Auseinandersetzungen gekommen ist.

Schippel-Berlin: Da sind wir ja nun wieder glücklich bei den Lümmeln und Büben angelangt; es liegt mir aber fern, den Spuren Kautskys darin, wenn auch erröthend zu folgen. Ich will mich lieber auf einige möglichst kurze, thatsächliche Bemerkungen beschränken. Fälschungen, Entstellungen und Lügen sind mir aufgetischt worden. Wie das so kommt, dafür ist Genosse Stubbe ein klassisches Beispiel. Ich habe nur vorgelesen, was er nach dem Bericht des „Hamburger Echo" gesagt hat. Trotzdem bezieht er Bemerkungen, die ich Zubeil gegenüber gethan habe, auf sich und klagt mich der Fälschung an. Auch Genosse Kautsky hat behauptet, ich hätte gefälscht. Es handelt sich um folgendes Zitat aus Engels: „Internationale zweijährige Dienstzeit .... allmälige weitere Herabsetzung — sage zunächst auf achtzehn Monate, zwei Sommer und ein Winter — dann ein Jahr — dann ...? Hier fängt der Zukunftsstaat an, das unverfälschte Milizsystem, und davon wollen wir weiter reden, wenn die Sache erst wirklich in Gang gebracht ist." Also: zwei Jahre, 18 Monate, 1 Jahr, dann ... das heißt nach meiner Auffassung: wenn es noch längere Zeit so stufenweise abwärts geht, dann fängt schließlich einmal mit dem Zukunftsstaat auch die Miliz

ganz von selber an. Ich gebe zu, daß diese Auffassung strittig sein kann, aber man darf mir doch nicht unterstellen, daß ich fälsche, daß ich etwas sage, was ich nicht meinen und glauben kann. Auch Wurm hat die Andeutung einer Fälschung gemacht. Ich habe aber nach meiner Darstellung in der „Neuen Zeit" zitirt, daß der Mainzer Antrag in Stuttgart der Fraktion überwiesen worden sei. Thatsächlich hat sich damit der Parteitag auf den Standpunkt des Antrages gestellt.

Nun zu Bebel. Ich kann nur bedauern, daß wir wieder so weit gekommen sind. Diesmal hat er nicht mit der materialistischen Geschichtsauffassung gegen mich gearbeitet, sondern mit der Ethik und Moral. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß ich bereit sei, alles etwa Beleidigende meines Isegrim-Artikels zurückzunehmen. (Widerspruch.) Gewiß! Wenn nun trotzdem Bebel Ausdrücke wählt, die sich bis zur „tiefsten Verachtung" steigern, so bleibt mir nichts übrig, wie solcher Leistung die Gegenleistung möglichst entsprechen zu lassen, und ich sage daher, daß die Stelle in meinem Artikel, die sich auf ihn bezog, auch nicht von dem Gefühl besonderer Achtung eingegeben war. (Unruhe. Zwischenruf.) Ich habe das nicht auf seine Person bezogen, sondern auf seine Aeußerungen. Er sagt dann weiter, ich hätte die Ansicht Engels über den Schutzzoll gefälscht. Ich weiß wirklich nicht, was daran falsch ist, ich habe die Stelle ja von Anfang bis zu Ende in Stuttgart verlesen. Daß Engels heute noch für Amerika den Schutzzoll predigen würde, habe ich nie gesagt, sondern nur, daß sich derselbe Standpunkt auf Deutschland anwenden lasse. Dann soll ich Mehring gefälscht haben. Worauf sich das bezieht, weiß ich überhaupt nicht, zwischen Fälschung und anderer Auffassung besteht doch ein Unterschied. Mehring hat übrigens selbst zugegeben, daß ich loyal verfahren bin. Es wäre zu einem Streit in dieser Schärfe überhaupt nicht gekommen, wenn wir uns nicht allmälig daran gewöhnt hätten, die Bebel'sche Auffassung über Militärfragen als Auffassung der Partei zu betrachten. Bebels Schrift „Volkswehr oder stehendes Heer" wird ja überall als Parteischrift aufgefaßt, es findet sich in der ganzen Schrift keine Stelle, die darauf schließen läßt, daß es sich nur um eine persönliche Ansicht handelt. Die Schrift ist als Parteischrift hinausgegangen, und da habe ich allerdings das Bedürfniß gehabt, zu sagen: es giebt auch noch andere Anschauungen in der Partei. Wenn Bebel schließlich sagt, ich hätte nichts zurückgenommen, so stimmt das nicht, denn ich habe ja, wie Sie sich erinnern werden, zugegeben, daß ich im Ton über die Stränge geschlagen habe. Aber wenn man mir nun noch in einem ganz andern Ton erwidert, so mochte ich fast bedauern, daß ich soweit entgegengekommen bin.

Kautsky: Ich will nur Schippel gegenüber bemerken, daß mein Vorwurf der Fälschung sich nicht auf jene Stelle bezog, die er vorgelesen hat. Ich habe nur sagen wollen, daß ich das nicht gesagt habe, sondern Engels.

Bebel: Ich habe geglaubt, daß Schippel sich verpflichtet fühlen würde, wenigstens noch in letzter Stunde einen Versuch zu machen, sich wegen der Beleidigungen zu entschuldigen, die er gegen mich geschleudert hat, ohne daß er dazu gereizt war. Er aber häuft auf eine Beleidigung eine andere. In England sagt man zu Leuten, die es fertig bringen, in dieser Weise öffentlich aufzutreten, sie leiden an Moral insanity. Ich bin der gleichen Anschauung jetzt in Bezug auf Schippel, und damit ist für Jeden, der die Bedeutung des Wortes kennt, das Urtheil gesprochen. Schippel sagt, der Angriff wäre dadurch erfolgt, daß ich es liebe, meine persönlichen Anschauungen über Militärfragen als die der Partei hinzustellen und daß in meinen Schriften mit keinem Wort gesagt ist, daß es sich da um meine persönliche Meinung handelt. Nun, Schippel ist doch selbst Schriftsteller, er muß wissen, daß man garnicht nöthig hat, zu sagen, daß das, was man schreibt, seine eigenen Anschauungen sind, weil sich das von selbst versteht. Nur wenn man sagen will, die Ansicht ist Parteiansicht, muß das ausgesprochen werden. Und das steht in meiner Schrift nicht. Ist Schippel, wozu er das Recht hat, mit den Anschauungen nicht einverstanden, die ich bisher im Reichstage als offizieller Vertreter der Partei über Militarismus geäußert habe, so stand und steht ihm das Recht zu, seine abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen, sei es, daß er uns in objektiver Form eines Besseren belehrt, sei es, daß er in der Fraktionssitzung fordert, daß ein Anderer zum Redner bestimmt wird. Das wäre korrekt, das wäre loyal gehandelt. Aber unter dem Deckmantel der Pseudonymität in der feigsten, gemeinsten Weise einen Ehrenmann anzugreifen, ist eine Schmach, ist eine Schande für den, der es thut. (Beifall und Unruhe.)

Hiermit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Das Schlußwort hat

Geyer: Von den Genossen, deren Aeußerungen ich in meinem Referat wiedergab, hat nur einer, Genosse Heine, anerkannt, daß ich loyal verfahren sei. Auer und Schippel haben sich dagegen heftig gegen mich gewandt. Auer weiß so gut wie ich, daß, wenn ich seine Aeußerungen nicht angeführt hätte, man mich wahrscheinlich der Feigheit geziehen und gesagt hätte: An Auer wagt er sich nicht heran! Es war Pflicht der Objektivität, auch von ihm zu sprechen. Und wenn er sagt: Laß schwatzen! so sage ich, dies Gefühl der Wurstigkeit ist bei Auer nicht echt, sonst hätte er sich nicht mit solcher Schärfe gegen einen Referenten gewandt, der nur loyal seine Pflicht gethan hat. Wenn er sagt, solche Dummheiten habe er nicht geredet, gut, dann sage ich: laß es korrigieren, dann hast Du keine Ursache, Dich zu beschweren. Und daß ich aus einem Zeitungsbericht Aeußerungen von ihm anführte, kann ihn nicht befremden, denn gegen Liebknecht hat er dieser Tage dasselbe gethan. Die Aeußerungen, um die es sich bei Heine u. s. w. handelte, sind thatsächlich gefallen. Es steht fest, Sie haben gesagt: dieser Regierung keinen Mann und keinen Groschen! Wir aber sagen: diesem System keinen Mann und keinen Groschen! (Beifall. **Heine:** Sage ich ja auch!) Dann sind wir ja einig; merkwürdig, es kommt immer und immer auf Mißverständnisse hinaus! Schippel eine seidene Schnur zu senden, auf den Gedanken bin ich nicht gekommen; ich würde mir sagen müssen, daß er davon doch keinen Gebrauch machen würde (Heiterkeit). Daß Schippel Engels falsch zitiert hat, dabei bleibe ich. Für den einfachsten Menschenverstand steht fest, daß insbesondere ein wissenschaftlich gebildeter Mann nicht so zitieren darf, daß er an der Stelle, wo die sechs entscheidenden Worte kommen, abschneidet. Wenn ich ehrlich bin, zitiere ich vollständig. (Lebhafte Zustimmung. **Schippel:** Es ist auch vollständig zitiert!) Nein! In der „Neuen Zeit" erklärt er, an keiner andern Stelle als in der Vorrede habe Engels von der Miliz gesprochen. Das ist nicht wahr; auf Seite 7 thut das Engels auch, und Schippel zitirt auch diese Stelle, läßt aber die Worte von der Miliz weg! (Hört! hört!) Es sei nicht wahr, daß Schippel nicht gegen die Partei sich gewandt hat; im ersten Absatz hat er es gethan; und in dem Augenblicke, wo ich frage, wie es möglich ist, daß einer, der die Partei so beleidigt hat, in der Partei noch bleiben kann, da redet er hier von einem Kaffeeklätzchen! Darum habe ich ihn angegriffen und nicht aus persönlichen Gründen; Jedermann, auch Schippel, weiß, daß ich das nicht thue, und ich frage, ob ich gestern gegen Jemand anders persönlich geworden bin. — Es steht fest: Es sind Aeußerungen gefallen, die in der Partei Mißbehagen hervorgerufen haben. Dem stellen wir jetzt klipp und klar und fest entgegen: Wir bleiben bei unserem alten Programmpunkt! Nehmen Sie meine Resolution einstimmig an! (Lebhafter Beifall.)

Auer (persönlich): Mir ist auch nicht im Traum eingefallen, zu sagen, der Referent habe die von ihm zitierte Stelle meiner Rede falsch wiedergegeben. Ich habe ausdrücklich gesagt: Der Bericht ist, abgesehen von einigen stilistischen Aenderungen, durchaus korrekt. Ich stehe auch heute zu meiner Rede und habe nur ausgeführt, daß die Schlußfolgerungen des Referenten durchaus falsche sind, daß er nicht verstanden hat, was ich gesagt habe

Schippel: Auch Geyer hat es nicht verschmäht, mir eine Fälschung vorzuwerfen. Umgekehrt, Geyer hat falsch zitirt. Er behauptet, ich hätte die Worte: „mit dem Milizsystem als Endziel" unterschlagen. Aber wenige Zeilen dahinter sage ich im Text: „Das Milizsystem wird hier als das Endziel daneben genannt." (Bebel: Daneben!)

In der Abstimmung wird die Resolution Geyer (82) angenommen, der Antrag 41 auf Ausschluß Schippels mit allen gegen 4 Stimmen, der Antrag 42 mit Mehrheit abgelehnt. Angenommen wird die von Hoffmann, Ledebour, Luxemburg und Zetkin beantragte Resolution (S. 267).

Singer macht Mittheilung von einer Anregung, ohne Mittagspause die Verhandlungen des Parteitags zu Ende zu führen. Er empfiehlt die Ablehnung dieses Vorschlages, da es im Interesse der Partei liegt, ohne Hast und Treiberei auch den Rest der Tagesordnung zu erledigen.

Es wird entsprechend dem Vorschlage Singers beschlossen, mit 1½ständiger Mittagspause zu tagen.

Singer: Der Genosse Vliegen aus Holland wünscht sich zu verabschieden.

Vliegen: Genossen, Sie brauchen nicht zu fürchten, daß ich den vielen guten und wenigen schlechten Reden, die ich gehört habe, noch eine hinzufügen will. Nur einige Abschiedsworte. Ich habe Ihren Verhandlungen aufmerksam beigewohnt, ich habe hier viel Herzlichkeit und Freundlichkeit erfahren, und ich will nur hoffen, daß sich das nicht auf meine Person beschränkt, sondern auch den Genossen in Holland gilt. Dann werden wir bei all unseren Kämpfen stets gern daran denken, daß wir an Ihnen Kampfgenossen haben, die bereit sind, mit uns einzutreten für das Wohl der Sozialdemokratie, für das Wohl der Arbeiterschaft aller Länder. (Beifall.)

Es folgt nunmehr die Berathung des Punktes 7 der Tagesordnung: **Die Zuchthausvorlage vor dem Reichstage.** Hierzu liegt außer der Resolution 88 der Antrag 71 vor. Als Referent erhält das Wort

Zetzitz: Die Zuchthausvorlage bietet keine Veranlassung zu theoretischen Auseinandersetzungen über die Taktik. Gegenüber der Zuchthausvorlage dürfte keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. (Sehr richtig!) Unsere grundsätzliche Stellung zu diesem Gesetzentwurf haben wir auf dem Stuttgarter Parteitag festgelegt. Die Aufnahme, welche der Gesetzentwurf im Reichstag gefunden hat, ist durch die Verhandlungen den breitesten Volksmassen bekannt geworden. Aus diesen Gründen und in Rücksicht auf die Arbeiten, die der Parteitag noch zu erledigen hat, handle ich wohl im Einverständniß mit den Parteigenossen, wenn ich auf meinen Vortrag verzichte. Der Reichstag hat das Gesetz entgegen unserem Antrage in der vertagten Session nicht definitiv verabschiedet. Die bürgerlichen Parteien hatten nicht den Muth, sofort in die zweite und dritte Lesung einzutreten. Dadurch ist in weiten Arbeiterkreisen eine Vertrauensseligkeit erweckt worden, die in den Verhältnissen nicht begründet liegt. Die Zuchthausvorlage ist keineswegs beseitigt, die Situation hat sich so gestaltet, daß viel mehr zu befürchten ist, daß, wenn auch der Gesetzentwurf nicht in der vorliegenden Fassung zur Annahme gelangt, doch soviel verbleibt, was hinreicht, die gewerkschaftliche Organisation schwer zu schädigen. Deshalb müssen alle Arbeiter ohne Unterschied der Parteistellung ihre ganze Kraft einsetzen, um den bürgerlichen Parteien den Nacken zu steifen und diese zur Ablehnung des Gesetzentwurfs zu veranlassen. Der Kampf gegen die Zuchthausvorlage scheint mir in der nächsten Zeit die wichtigste Aufgabe der Partei zu sein. Wenn in den Auseinandersetzungen auf dem Parteitag aus einzelnen Aeußerungen geschlossen werden könnte, daß wir nicht mit voller Sympathie der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter gegenüberstehen, so wird der Kampf gegen die Zuchthausvorlage das Gegentheil beweisen. (Bravo.) Deshalb wollen wir unsere ganze Kraft einsetzen, um

den Kampf gegen die Zuchthausvorlage weiter zu führen. Dazu verpflichtet Sie die vorgelegte Resolution. (Lebhafter Beifall.)

Lily Braun (zu Antrag 71): Wir haben hier eine ganze Reihe theoretischer Erörterungen gehört, die nicht nur den Beweis dafür lieferten, daß die sozialdemokratische Partei wie keine andere auf einem wissenschaftlichen Boden steht und die wissenschaftlichen Erörterungen zu führen weiß. Wir haben aber auch manchmal den Eindruck gewonnen, als wären wir mehr auf einem wissenschaftlichen Konzil als dem Parteitag einer Kampfpartei. Ich möchte es beinahe bedauern, daß dieser Punkt unserer Tagesordnung so weit in den Hintergrund gerückt ist; denn ich meine, daß wir gerade in diesem Punkte die allgemeine Einigung finden, die uns noththut und die wir nach außen hin immer zu beweisen haben. Gegenüber gewissen Aeußerungen über die Geringschätzung der gewerkschaftlichen Bewegung, die vielfach Platz gegriffen haben soll, wäre auch sofort der Beweis geliefert worden, daß dem nicht so ist. Unser Protest gegen die Zuchthausvorlage wird hauptsächlich darauf begründet, daß sie die gewerkschaftlichen Organisationen, diese Klassenkampf-Organisationen der Arbeiter, unterbindet und vielleicht sogar unmöglich zu machen im stande sein würde. Wir sind aber, so scheint es mir, nicht in der Lage, uns in die Studierstube zurückzuziehen. Gegenüber der Kriegserklärung der bürgerlichen Gesellschaft — und als solche sehe ich die Zuchthausvorlage an (lebhafte Zustimmung) — müssen wir geeint aufstehen, denn sie ruft uns zu den Waffen, alle, ohne Unterschied des Geschlechts, ohne Unterschied in Bezug auf einzelne theoretische Auffassungen. Wenn ich hier mit besonderer Energie gegen die Zuchthausvorlage Protest einlege, so geschieht es nicht nur als Parteigenossin, sondern auch als Frau. Die Zuchthausvorlage würde, wenn sie in irgend einer Weise zur Annahme gelangen könnte, der Frauen-, der Arbeiterinnenbewegung vollständig die Hände binden. Ich brauche Ihnen hier nicht auseinanderzusetzen, wie benachtheiligt die deutschen Frauen sind, und wie sie es gar erst werden würden, wenn man ihnen auch die gewerkschaftliche Organisation unmöglich machte. Schippel hat den ziemlich verbrauchten Witz der Gegner der Frauenemanzipation wiederholt, das Wahlrecht schließe auch die Dienstpflicht ein. Ich erkläre, daß wir sozialdemokratischen Frauen die Pflicht, Dienst zu thun, anerkennen (Beifall), und zwar auf einem Gebiete, wo es viel nöthiger und allerdings auch viel schwerer ist, im Kampfe zu stehen, als draußen auf dem Schlachtfeld, wo man die Brüder todtschießt: Wir wollen stehen zu denselben Fahnen, und wir alle, Genossen, und besonders auch wir Frauen sind bereit, einzustehen für unsere Sache und vor allem gegen die Zuchthausvorlage zu protestiren. (Beifall.)

Nach der letzten Berufszählung hat die weibliche Arbeit um 35 pCt. zugenommen, die männliche Arbeit nur um 28 pCt. Hier ersteht eine Reservearmee, die uns sehr gefährlich werden könnte, wenn wir nicht dafür sorgen, daß sie aufgeklärt und organisirt wird, daß sie mitkämpft den allgemeinen Kampf der Arbeiter. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß eine Zeit kommen könnte, wo die bürgerliche Gesellschaft zu dem Ausweg greift, den Frauen das Wahlrecht zu geben, weil sie für die bürgerliche Gesellschaft eintreten sollen. Wenn dieser Augenblick eintritt, würden wir es sein, die es auf das tiefste bedauern müßten, wenn wir nicht energisch für die Aufklärung der Frauen eingetreten sind. Ich bin eine entschiedene Gegnerin jener sogenannten gesonderten Frauenbewegung innerhalb der Partei. Wir gehören alle zusammen und wir sollten uns hüten, irgend einen Unterschied des Geschlechts unter uns gelten zu lassen, wo es sich um den gemeinsamen Kampf handelt (Beifall.) Um diesen Kampf gegen die Zuchthausvorlage zu unterstützen, haben wir unseren Antrag eingebracht, der nur ein kleines Mittel sein soll, die Frauen aufzuklären für den Kampf. Ich erwarte seine einstimmige Annahme. In der Richtung ist es vielleicht auch gut, daß dieser Punkt der Tagesordnung am Schlusse unserer Verhandlungen steht.